

WIR SCHAFFEN EIN PROGRAMM



Material für die Debatte auf dem 6. Landesparteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Groß-Berlin



A 88-1632

Es ist eine Einbildung,

zu glauben, daß Programmdebatten nur von Wissenschaftlern oder Theoretikern geführt werden können. Gewiß war es in der Vergangenheit so, daß diese Diskussionen nur von Wenigen getragen wurden. Warum sollten wir aber nicht den Versuch machen, möglichst breite Kreise unserer Mitgliedschaft zu beteiligen? Wir wollten doch, wenn wir unserer Sozialdemokratischen Partei ein neues Programm geben, dieses so formulieren, daß sich der einfache Mensch ebenso mit ihm auseinandersetzen kann wie der Wissenschaftler. Das setzt voraus, daß so viele wie irgend möglich daran mitarbeiten. So kann aus der Fülle der Gedanken geschöpft und deren Formulierung so angeregt werden, daß das fertige Programm dann nicht als ein von den Weisen verkündetes Evangelium aufgenommen wird.

Freilich, einiges Rüstzeug ist schon nötig, und etwas davon soll mit dem hiermit vorgelegten Material gegeben werden. Wie es entstanden ist, das wird jeweils in den Zwischentexten berichtet. Sei dir beim Studium immer bewußt, daß die auf den folgenden Seiten zu den einzelnen Fragen vertretene Auffassung eine Meinung ist. Überlege und prüfe sie ebenso kritisch, wie du bereit sein solltest, sie anzuerkennen, wenn du selbst keine andere hast. Empfindest du aber aus deinen Erfahrungen und Erkenntnissen heraus, daß die Schlußfolgerung irrig ist, nun, dann biete deine Meinung als einen weiteren Diskussionsbeitrag. Trage sie so vor, wie du zu reden oder schreiben gewohnt bist. Sei nicht verwundert, wenn nach dir jemand kommt, der wieder noch anderer Meinung ist. Aus der Vielzahl und Verschiedenartigkeit der Meinungen wollen wir die gemeinsame finden oder die, welche in ihrer Unterschiedlichkeit den vorgebrachten einzelnen Meinungen am nächsten kommt.

Und nun an die Arbeit, ohne Scheu, mit redlichem Bemühen.

Das Aktionsprogramm des Landesverbandes Groß-Berlin der SPD

ist auf dem 3. Landesparteitag am 16./17. August 1946 beschlossen und von einer dort gebildeten Programmkommission redigiert worden. Es hat eine Einleitung, die von der Programmkommission bewußt ohne Überschrift gelassen wurde, oft aber als „Prinzipienklärung“ bezeichnet wird.

Hier der Wortlaut des Ganzen:

Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Landesverband, Groß-Berlin

beschlossen auf dem Landesparteitag am 18. August 1946 *)

Deutschland steht heute in einer Existenzkrise, Europa in einer Kulturkrise, die Welt vor einer entscheidenden Wende. Dabei lebt das deutsche Volk, nach einem sinnlos begonnenen Krieg besiegt und in vier Besatzungszonen zerrissen, inmitten eines Kraftfeldes, in dem die Interessen der Weltmächte einander widerstreiten. Aus dieser Existenzkrise gibt es weder einen östlichen noch einen westlichen Ausweg, sondern es muß eine deutsche Lösung gefunden werden. Es kommt darauf an, alle Kräfte zu entfalten, die im deutschen Volk einen neuen Willen zur Gestaltung seiner Zukunft und zur Mitarbeit an einem friedlich verbundenen Europa erwecken.

Nachdem das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine tragenden Kräfte sich als unfähig erwiesen haben, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschen auf friedliche Weise zu gestalten, sind heute sozialistische Ordnung und demokratische Freiheit die einzige Hoffnung des an materiellen und kulturellen Gütern unsäglich arm gewordenen deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie trägt das Bekenntnis zum Sozialismus und zur Demokratie in ihrem

*) Unter Berücksichtigung der nach dem Parteitag gemäß dem dort gefaßten Beschluß der Programm-Kommission nachträglich vorgenommenen Änderungen.

Namen. Sie hat ihm in ihrer achtzigjährigen Geschichte, die reich an Leistungen, wenn auch nicht frei von Fehlern war, unverändert die Treue bewahrt. Die Sozialdemokratie sieht auch heute keinen Anlaß, von den großen und bleibenden Erkenntnissen der von Marx und Engels entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse abzugehen. Die unsterblichen Ideen der großen Sozialisten des 19. Jahrhunderts sind nach wie vor das politische Fundament der Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt aber den lebendigen Geist über den toten Buchstaben und glaubt, daß der veränderten Welt des 20. Jahrhunderts die Verpflichtung zu neuen Schlußfolgerungen erwächst. Um so entschlossener kämpft sie heute für die Verwirklichung der von Marx und Engels entwickelten Grundforderungen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei. Aber mit den Wandlungen der Wirtschaft haben sich auch die früheren Klassengrenzen verschoben. Die Sozialdemokratie heute ist daher zur Partei all derer geworden, die von der chaotischen Entwicklung des Kapitalismus betroffen und ins Elend gestoßen worden sind, aber auch die Partei all derer, die die Machtpolitik eines zentralistischen Staats- und Parteiapparats ablehnen. Darüber hinaus steht sie allen Kräften offen, die, vom sozialistischen Fühlen und Wollen geleitet, nach Wegen suchen, um eine neue gesellschaftliche Ordnung mitzugestalten. Sie wendet sich hierbei ganz besonders an die Frauen, für deren ungeschmälerte politische und gesellschaftliche Rechte sie von jeher als entschlossenste Vorkämpferin eingetreten ist. Sie wendet sich schließlich nachdrücklich an alle jungen Menschen, die der Nationalsozialismus als werdende systematisch um ein freies und weites Weltbild bring.

Die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins betrachtet sich als Glied der großen deutschen Sozialdemokratie. Aber die besonderen Verhältnisse des Stadtstaates Berlin als fünfter Zone erfordern eine besondere Organisation. Die widernatürliche Einschmelzung der SPD in der Berlin umklammernden sowjetischen Zone gibt der Berliner Sozialdemokratie als Vorposten und Symbol eine erhebliche Bedeutung. Aus dieser Sonderstellung erwächst ihr die Verpflichtung, aus den Grundlagen ihrer Weltanschauung neue Konsequenzen zu ziehen. Die Berliner Sozialdemokraten, die mit ihrer Selbstbehauptung bereits den Kampf um die Freiheit aufgenommen haben, sind entschlossen, diesen Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus weiterzuführen. Ihre Arbeit wird von folgenden Grund-sätzen bestimmt:

A. Sozialismus eine Gegenwartsaufgabe

Sozialismus ist heute kein Problem von theoretischen Erörterungen mehr, sondern eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes. Die Forderungen, die ihm von den Besatzungsmächten auferlegt worden sind, lassen sich nur durch Planwirtschaft erreichen. Niemand kann es verantworten, heute die Verteilung der wenigen Rohstoffe dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Die durch Bombenschäden und Demontagen aus den Fugen geratene deutsche Wirtschaft kann ihr Gleichgewicht nur bei strenger Lenkung wiedergewinnen. Bei den großen Opfern, die das Volk in seiner Gesamtheit zu tragen hat, läßt sich der ihm zugebilligte mittlere europäische Lebensstandard nur in einer sozialistischen Planwirtschaft erreichen. Die Trümmer des verbliebenen Zufallsbesitzes rechtfertigen nicht den Wiederaufbau eines Systems, das im Laufe der Zeit zwangsläufig zu neuen Krisen und Kriegen führen würde, sondern erfordern einen Neubau, der vom Geiste sozialistischer Verantwortung getragen wird. Dieser Neubau muß sich

auf der Grundlage einer weitgehenden Vergesellschaftung der Grund- und Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen, des Verkehrs und der Energieversorgung sowie bestimmter Versorgungsindustrien des Massenkonsums vollziehen.

B. Demokratie als Voraussetzung und Ziel

Für die Sozialdemokratie ist jedoch der Sozialismus nicht allein eine wirtschaftliche Aufgabe. Ebenso notwendig wie die Sicherung der materiellen Existenz des Volkes sind die Garantien für die politische und kulturelle Entfaltung jedes einzelnen im Rahmen der Gemeinschaft. Die Sozialdemokratie betrachtet die harmonische Verknüpfung der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit als eine entscheidende Aufgabe der Zeit. Sie bekämpft den Kapitalismus, um den demokratischen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit durch Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten ihren letzten Sinn zu geben. Dann aber darf die Planwirtschaft nicht zu einer Herrschaft des Apparates über den Menschen führen. Für die Sozialdemokratie ist die Demokratie keine Frage der Taktik, sondern ein unveräußerlicher Bestandteil ihrer Weltanschauung. Demokratie beruht auf dem gleichen Recht aller, an der Gestaltung des Staatsganzen mitzuwirken, damit aber auch zugleich auf der politischen Urteilsfähigkeit des einzelnen Staatsbürgers und auf seinem Recht zu freier Meinungsäußerung. Meinungen können sich aber nur bilden im gleichberechtigten Wettbewerb verschiedener Anschauungen und Überzeugungen. Die Herrschaft der Mehrheit darf niemals zur Vergewaltigung der Minderheit führen. Das Einparteiensystem ist deshalb mit Demokratie unvereinbar. Da die Freiheit gleichzeitig höchste Verantwortung bedeutet, kann die Demokratie nur dann zu einer wirksamen politischen Realität werden, wenn durch freie Wahlen jeweils die Fähigsten zur verantwortlichen Leitung berufen werden. Der Sozialismus würde seinen Sinn verlieren, wenn er nicht die menschlichen Freiheiten zu größerer Entfaltung brächte als der Kapitalismus, und wenn nicht die Demokratie, verkörpert durch die politischen Parteien, die ständige Kontrolle der Wirtschafts- und Regierungsgewalt übernehme.

Von diesen Grundsätzen geleitet, erhebt die Sozialdemokratie folgende Gegenwartsforderungen:

1. Überwindung der inneren Grenzen — Festlegung der äußeren Grenzen

Der sofortige Abbau der Zonengrenzen und die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des gesamten deutschen Gebietes sind die erste Voraussetzung, um innerhalb der verengten Grenzen eine sinnvolle Wirtschaftsplanung und einen sozialistischen Aufbau durchführen zu können. Dabei ist die deutsche Wirtschaft der Aufgabe, ein Siebzigmillionenvolk innerhalb dieser Grenzen zu versorgen, nur gewachsen, wenn sie weder im Westen ihrer besten Industriereviere, noch im Osten ihrer wertvollsten Kornkammer beraubt wird.

2. Für zentrale Selbstverwaltung

Nur wenn dem deutschen Volk die Verantwortung für sein eigenes Geschick zurückgegeben wird, kann es seine demokratische Gesinnung beweisen, und nur eine einheitliche Leitung Deutschlands wird die wirtschaftlichen und politischen

Aufgaben meistern, die der Wiederaufbau stellt. Die Sozialdemokratie fordert daher die Errichtung einer zentralen Selbstverwaltung. Verantwortungsbewußtsein und Demokratie müssen den Besatzungsmächten dafür bürgen, daß sie sich auf eine Kontrolle beschränken können.

3. Für Aufstellung eines deutschen Wirtschaftsplanes

Der Reparations- und Industrieplan der Alliierten gestattet dem deutschen Volk nicht den ihm zugebilligten mittleren europäischen Lebensstandard. Die Sozialdemokratie sieht deshalb eine der ärgendsten Aufgaben in der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes, der die materielle Existenz des deutschen Volkes sicher und dennoch Raum für die Reparationsverpflichtungen läßt. Der Neubau der deutschen Wirtschaft und ihre Umstellung auf Friedensproduktion kann nur dann erfolgreich sein, wenn die zu leistenden Reparationen endgültig festgelegt werden. Die Sozialdemokratie bejaht vorbehaltlos die Pflicht zur Wiedergutmachung, aber sie wendet sich gegen die unaufhörlichen Demontagen und gleichzeitigen Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion.

4. Für eine Neugliederung Deutschlands

Die alte preußische Staatsmaschine hat sich überlebt. Die Sozialdemokratie fordert die Neugliederung Deutschlands in wirtschaftlich und politisch aufeinander abgestimmte mittelgroße Länder. Berlin muß bei entsprechender Abrundung des Stadtgebietes den Rang eines Landes erhalten. Die Länder dürfen sich nicht als Selbstzweck betrachten. Das Recht der deutschen Republik bricht Landesrecht auch hinsichtlich der Verfassung.

5. Sicherung der materiellen Existenz

Die Zerstörungen der Produktionskräfte und die Pflicht zur Wiedergutmachung bringen es mit sich, daß der Ertrag, den das deutsche Volk aus seiner Arbeit gewinnt, auf Jahre hinaus wesentlich kleiner sein wird als früher. Die Sozialdemokratie setzt sich daher für eine gerechte Verteilung der Arbeit und ihres Ertrages ein. Überhöhte Gehälter und Einkommen sind zu unterbinden. Durch planvolle Lenkung der Produktion und der Kapitalbildung muß das Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werden.

6. Gegen Privatmonopole — für Bestleistungen der Betriebe

Die Sozialdemokratie hat von jeher aus politischen und ökonomischen Gründen privatkapitalistische Monopole auf allen Gebieten bekämpft. Es kommt entscheidend darauf an, für alle Gewerbezweige und in den Gewerbezweigen für alle Betriebe die Entwicklung zu einer optimalen, nicht maximalen Leistung zu fördern, um die gesamte Wirtschaft vor Krisen zu bewahren. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß die kleinen und mittleren Betriebe in der Planwirtschaft eine größere Aufgabe zu erfüllen haben und eine sicherere Zukunft besitzen als in der privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Dazu gehört freilich, daß die Betriebe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß alle Möglichkeiten moderner Betriebsrationalisierung ausnützen.

7. Gegen die Schwarzmärkte — für eine Geld- und Kreditreform

Die verantwortungslose Finanzierungspolitik des Hitlerregimes hat zu einer Aufblähung des Geldumlaufs geführt, die das Preisgefüge gefährdet und die Arbeitsmoral durch die Bildung schwarzer Märkte untergräbt. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher eine durchgreifende Geldreform mit dem Ziele, den Geldumlauf schnellstens dem tatsächlichen Güterumlauf anzupassen. Daneben ist die einheitliche Behandlung der Guthaben und ein einheitlicher Bankenverkehr in allen Zonen dringend notwendig.

8. Gegen finanzielle Illusionspolitik — für einen gerechten Lastenausgleich

Die Sozialdemokratie fordert schnelle Lüftung des Vermögensschleiers, der heute noch die tatsächlichen Vermögensverhältnisse des deutschen Volkes verdeckt. Die finanziellen Lasten aus dem Hitlererbe müssen nach sozialen Gesichtspunkten und nach der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verteilt werden. Dabei ist eine umfassende Heranziehung der Kriegsgewinne, Nazivermögen und Großvermögen eine ökonomische und moralische Notwendigkeit.

9. Für gesunde Bodenreform

Die Bodenreform ist in allen Besatzungszonen gleichmäßig in einer Weise durchzuführen, daß die politische Vormachtstellung der Großgrundbesitzer gebrochen wird und die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge erweitert werden, ohne daß deshalb die Produktionsleistung der Landwirtschaft eine Minderung erfährt. Die Neubauern müssen sich zu Genossenschaften zusammenschließen, die eine allmähliche Umstellung auf Veredelungswirtschaft erleichtern und die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen fördern. Für die Erhaltung einer ausreichenden Zahl von Muster- und Saatuchtgütern ist Sorge zu tragen, ein planmäßiger Neuaufbau des Kreditwesens vorzunehmen.

10. Sorge für die Opfer des Krieges

Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß allen Opfern des Krieges und des Faschismus, den Flüchtlingen und Kriegsgefangenen so rasch wie möglich eine gesicherte Existenz und eine neue Heimat geschaffen wird. Die Erzeugnisse der Konsumgüter-Produktion haben vornehmlich ihrer Versorgung zu dienen.

11. Kampf den Kriegsverbrechern — für ein Säuberungsgesetz

So entschieden der Kampf gegen die Kriegsverbrecher und nationalsozialistischen Führer fortgesetzt werden muß, so notwendig ist es, den weniger Schuldigen, die den ehrlichen Willen zur Einfügung in die neue demokratische Ordnung bewiesen haben, den Weg zu ebnen. Zu diesem Zweck fordert die Sozialdemokratie ein Gesetz, das strenge, aber gerechte Richtlinien für eine Entnazifizierung enthält, den jungen Menschen eine großzügige Amnestie gewährt, aber ge-

nügend Vorsorge trifft, daß kein neues Konjunkturrittertum entstehen kann. Die nicht rehabilitierten Nationalsozialisten sind zu erhöhten Arbeits- und Steuerleistungen heranzuziehen.

12. Für Freiheit und Sicherheit der Menschen in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratie sieht in einer einheitlichen, von politischen Parteien unabhängigen Gewerkschaftsbewegung die beste Sicherung für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Freiheit und Sicherheit des Menschen in der Wirtschaft, auch in einer Planwirtschaft, zu verteidigen. Die Einheit der Gewerkschaften ist aber nur bei Freiheit der Meinung gewährleistet. Die Sozialdemokratie bekämpft jede Entwicklung zur Zwangsorganisation.

13. Für Ausbau der Sozialpolitik zugunsten der geschwächten Arbeitskraft

Angesichts der Gesundheitslage des deutschen Volkes ist eine umfassende, dem Schutz der Arbeitskraft und der sozialen Sicherheit dienende Sozialpolitik eine wesentliche Voraussetzung für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Sozialdemokratie fordert die Errichtung eines Zentralamtes für Arbeit und Sozialpolitik zur Wiederherstellung einheitlicher Normen, die besonders dem Schutze der Frauen, der Jugend und der Körperbehinderten dienen. Dazu muß ein Neubau und Ausbau der Sozialversicherung treten, der die Selbstverwaltung der Versicherten in weitestem Umfange sicherstellt.

14. Gegen Korruption — für sparsame Finanzwirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei fordert sparsamsten und übersichtlichen Verwaltungsaufbau in den Gemeinden, gewissenhafte Finanzwirtschaft im Rahmen eines politisch durchdachten Haushaltsplanes, Kontrolle aller Einnahmen und Ausgaben durch ein unabhängiges Prüfungsamt und eine Personalverwaltung, in der objektive Leistung, berufliche Tüchtigkeit, Unbestechlichkeit und demokratische Zuverlässigkeit selbstverständlich sind.

15. Sozialistische Erziehungsforderungen

Sozialismus ist auch eine von stärksten ethischen Impulsen getragene Kulturforderung. Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt Menschen voraus, die bei aller Entwicklung der Persönlichkeitswerte sich doch stets ihrer Verantwortung der Gesamtheit gegenüber bewußt bleiben. Die Sozialdemokratie fordert daher, daß die Erziehung, die bisher einseitig auf Vermittlung von Fachwissen und Körperschulung abgestellt war, stärker die Entwicklung des Charakters und der politischen Urteilskraft pflegen soll.

16. Gegen Bildungsprivilegien — für Freiheit der Wissenschaft und Kunst

Die Sozialdemokratie fordert, daß jedem die Möglichkeit eines Aufstieges zu der seiner Begabung gemäßen höchsten Stufe der Ausbildung geboten wird. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und wirtschaftliche Beihilfen müssen jedes Bil-

dungsprivileg beseitigen. Wissenschaft und Kunst haben Anspruch auf staatlichen Schutz und Förderung, dürfen aber nicht zu demagogischer Propaganda mißbraucht werden. Bei Film und Funk als den wichtigsten Mitteln der Massenbeeinflussung dürfen ausschließlich künstlerische und volkserzieherische Gesichtspunkte die Leistungen bestimmen.

17. Für Freiheit der Religionsausübung

Die Sozialdemokratie fordert für jeden Staatsbürger Anspruch auf Glaubensfreiheit und unbehinderte Religionsausübung. Doch darf der Staat keiner Religionsgemeinschaft durch die Gewährung von Zuschüssen und Privilegien eine Vorrangstellung einräumen. Jede Kirche ordnet unabhängig vom Staat ihre Angelegenheiten, auch in finanzieller Hinsicht, selbst.

18. Unabhängige Rechtspflege — für einen neuen Beamtentyp

Die Sozialdemokratie fordert auf der Grundlage einer vom demokratischen und sozialen Geist erfüllten Gesetzgebung ein einheitliches Verwaltungsrecht und eine unabhängige volkstümliche Rechtspflege. Für die demokratische Verwaltung ist ein neuer Beamtentyp heranzubilden. Neben den Fachbeamten müssen befähigte Arbeiter und Angestellte sowie Männer aus der Praxis des Lebens treten, die über organisatorisches Können und politisches Urteil verfügen und von dem Grundsatz geleitet werden, daß sie für die Allgemeinheit da sind und nicht umgekehrt. Um sie für ihre Aufgaben zu schulen, fordert die Sozialdemokratie besondere Verwaltungshochschulen.

19. Sicherung der Menschenrechte

Die dreifache Freiheit von Zwang, Not und Furcht ist eine wesentliche Grundlage des demokratischen Sozialismus. Zur Entwicklung eines demokratischen Lebens fordert die Sozialdemokratie sofortige Wiederherstellung der Grundrechte, insbesondere Sicherung der Meinungsfreiheit und der persönlichen Freiheit. Aber genau so wie der einzelne durch die Menschenrechte geschützt wird, müssen auch die Menschenrechte gegen die Bestrebungen in Schutz genommen werden, die mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie selbst zu beseitigen suchen.

20. Gegen Nationalismus — für die Verständigung der Völker

Die Sozialdemokratie hat von jeher in dem Begriff der Nation eine Kultur-, Sprach- und Lebensgemeinschaft gesehen. Sie verurteilt jeden Mißbrauch dieses Begriffes zu nationalistischen und imperialistischen Zwecken. Alle Probleme der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft erfordern heute, wenn sie von Dauer sein sollen, internationale Lösungen. Die Sozialdemokratie erneuert in diesem Augenblick ihr Bekenntnis zu dem großen Gedanken des internationalen Sozialismus, zur Verständigung der Völker und zum Frieden der Welt.

Der 5. Landesparteitag vom 8./9. Mai 1948 hat dazu folgende Anträge beschlossen:

Antrag Spandau: Von den SPD-Abgeordneten aller parlamentarischen Körperschaften wird erwartet, daß sie bei Fragen und Beschlüssen über die Religion und die Konfession — bei aller Würdigung der religiösen und weltanschaulichen Überzeugung — grundsätzlich für die Trennung zwischen Staat und Kirche eintreten, damit endlich die alte Forderung der Sozialisten „Religion ist Privatsache der Einzelnen“ Wirklichkeit wird.

Antrag Grunner: Die Berliner Sozialdemokratie bekennt sich im Aktionsprogramm zu den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Parteitag erneuert das Bekenntnis und wünscht, daß in der praktischen Politik der Partei diese grundsätzliche Einstellung zum Ausdruck kommt. Der Parteitag erwartet, daß die unabhängige und selbständige politische Haltung der SPD weiterhin gewahrt bleibt.

Antrag Spandau: Es wird beantragt, das Aktionsprogramm der SPD vom 18. 8. 1946 einer genaueren Überprüfung zu unterziehen und es gegebenenfalls neu zu überarbeiten.

Mit diesem letzten Beschluß war praktisch dem Landesvorstand die Aufgabe übertragen worden, eine Programmkommission zu bilden und dieser die Überarbeitung oder Vorbereitung eines neuen Programms aufzugeben. Die weiteren vorliegenden Anträge wurden als Material überwiesen: Sie lauten:

Antrag Wilmersdorf: An den letzten Satz des Artikels 8 des Aktionsprogramms der SPD Groß-Berlin ist anzuschließen: „Beim notwendigen sozialen Lastenausgleich ist besonders die Wiedergutmachung der Schäden zu berücksichtigen, die die Verfolgten des Naziregimes erlitten haben.“

Antrag Wilmersdorf: Im ersten Satz des Artikels 9 des Aktionsprogramms der SPD Groß-Berlin sind hinter „für Flüchtlinge“ die Worte „und Vertriebene“ zu setzen.

Antrag Wilmersdorf: Die Überschrift des Artikels 10 des Aktionsprogramms der SPD Groß-Berlin wird geändert auf:

„Sorge für die Opfer des Faschismus und des Krieges.“

In Artikel 10 des Aktionsprogramms der SPD Groß-Berlin sind die Worte „des Krieges und des Faschismus, den Flüchtlingen“ zu ändern in: „des Faschismus und des Krieges, den Flüchtlingen, Vertriebenen.“

Antrag Prenzlauer Berg: Der Landesparteitag der SPD tritt grundsätzlich für die Offenlegung der Steuerlisten ein und bittet, dies im Aktionsprogramm zu berücksichtigen.

Der Landesausschuß hat dann am 12. Juni 1948 auf Vorschlag der Kruse und des Landesvorstandes eine fünfzehnköpfige Programmkommission berufen, die aber infolge der durch die Blockade entstandenen Belastung zu keiner intensiven Arbeit kommen konnte. Der Versuch, diese Arbeit wenigstens auf schriftlichem Wege vorzubereiten, hatte den Erfolg, daß Herta Zerna, stellvertretende Chefredakteurin des „Sozialdemokrat“, einen Beitrag leistete. Sie hatte aus Paul Serings Buch „Jenseits des Kapitalismus“ den folgenden Entwurf zusammengestellt:

Prinzipienerklärung

Motto: Demokratische Sozialisten teilen mit anderen Demokraten die Überzeugung, daß die Wahrheit nicht von auserwählten Führern ein für allemal offenbart, sondern durch die Zusammenarbeit kritisch denkender Menschen in freier Diskussion schrittweise erschlossen wird. Darum hat nichts, was demokratische Sozialisten schreiben, Anspruch auf dogmatische Endgültigkeit. Darum hat aber auch nur der demokratische Sozialismus das Recht, seine Methode als wissenschaftlich zu bezeichnen.

Die Motive des Sozialismus

Der Ausgangspunkt des modernen Sozialismus ist die Forderung nach der Befreiung des Menschen von den anonymen Zwangsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Während Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose, Handwerker, Kleinhändler und Bauern weder in gleichem Maße besitzlos, noch in gleichem Maße ausgebeutet, noch in ihrer sozialen Stellung und ihrer Lebensgestaltung gleichartig sind, während hundert Jahre industrieller Entwicklung nach dem Kommunistischen Manifest Millionen von Menschen das Gefühl gegeben haben, daß sie mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, hat die Krise des Kapitalismus ihnen doch zugleich das Bewußtsein gegeben, daß sie in der herrschenden Gesellschaftsordnung jederzeit alles verlieren können.

Die Motive des sozialistischen Kampfes waren und sind deshalb vor und nach Marx die gleichen: der Wille, den Menschen aus der Abhängigkeit von persönlicher Unterdrückung und unpersönlichen Marktgesetzen zu befreien, das Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit, der Glaube an die Möglichkeit einer Ordnung, die sich nicht auf dem Nebeneinander der Armeisen, sondern auf der brüderlichen Zusammenarbeit der Schaffenden aufbaut.

Was wissenschaftliche Analyse dabei tun kann, ist, die Bedingungen aufzuzeigen, unter denen die Verwirklichung solcher Ziele möglich wird, die Kräfte aufzuzeigen, von denen diese Verwirklichung abhängt und festzustellen, was geschehen muß, wenn ein Volk oder eine Völkergemeinschaft weiterleben und den Absturz in die Geschichtslosigkeit vermeiden will.

Entwicklung des Kapitalismus seit hundert Jahren

Von der Marktwirtschaft zum Monopolkapitalismus

Die historischen Voraussetzungen des freien Kapitalismus haben sich im Verlauf der letzten hundert Jahre radikal verändert.

Schritt für Schritt entwickelten sich in raschem Tempo Monopolkapitalismus, Imperialismus, die Verflechtung von Staatsapparat und Großkapital und der innere Konkurrenzkampf von Klassen und Interessengruppen um den Staat, bis in der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 das Gerüst des alten kapitalistischen Marktsystems unwiederbringlich zusammenbrach.

Der Monopolist schützt sein Produkt von den Wechselfällen der sich ständig verändernden Marktlage, indem er sich eine Sphäre „privater Planung“ absteckt. Aber was vom Standpunkt des Monopolisten erhöhte Stabilität ist, ist vom Standpunkt seiner Abnehmer oder Lieferanten oder benachbarter Erzeuger erhöhte Unberechenbarkeit. Sie haben nun nicht mehr mit den automatischen Veränderungen in der Marktlage, sondern mit den bewußten Manövern des Monopols zur Verbesserung seiner eigenen Machtposition zu rechnen.

Das Monopol ist also kein „rein ökonomisches“ Phänomen im Sinne der klassischen Theorie der Marktwirtschaft — es ist seiner Natur nach eine organisierte wirtschaftliche Machtstellung, ein Organ privater Wirtschaftspolitik. Als solches tendiert das Monopol von vornherein zur Beeinflussung des Staates.

Die von den liberalen Theoretikern beklagte „Einmischung“ des Staates in die Wirtschaft beginnt daher regelmäßig unter dem Druck der großen organisierten Kapitalistengruppen selbst, das heißt der Monopolisten.

Gleichzeitig entsteht die Tendenz zur Verwandlung der industriellen Reservearmee von Arbeitslosen in eine Armee von unterbezahlten Zwangsarbeitern, deren vollendete Ausbildung wir im Nationalsozialismus erlebten.

Die Wirklichkeit des Wirtschaftsablaufs entfernt sich so mehr und mehr von dem theoretischen Bilde der freien Marktwirtschaft:

Die kapitalistische Marktwirtschaft wurde ersetzt durch nichtsozialistische Plansysteme, durch Plansysteme unter Beibehaltung des monopolkapitalistischen Eigentums.

Viele kritische Beobachter haben daraus den Schluß gezogen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gehe auf die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinaus, nicht durch eine sozialistische oder klassenlose Gesellschaft, sondern durch eine neue Klassenherrschaft — die Herrschaft der Bürokraten oder „Manager“.

Planwirtschaft — wie und für wen?

Die Tendenzen zur staatlichen Planung des Wirtschaftsablaufs und zur Schaffung von übernationalen Großräumen als Planungseinheiten sowie zur Herausbildung einer neuen Herrschaftskaste als Trägerin der Produktionsweise sind die gemeinsamen Grundzüge der Entwicklung zu einer neuen Gesellschaftsordnung, in der wir heute stehen.

Die neue Produktionsweise erfordert nicht nur staatliche Planung. Sie tendiert zu Einheiten größeren Umfanges als die typischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts, Einheiten, deren wirtschaftliche Hilfsquellen vielseitig genug sind, um stabile Planung unabhängig von Wechselfällen des Außenhandels möglich zu machen.

Die Tendenz zur Bildung solcher wirtschaftlichen Großräume, sei es durch freiwilligen Zusammenschluß oder durch Eroberung, gehört daher zu den gemeinsamen Grundzügen der neuen gesellschaftlichen Entwicklungsphase.

Unter den Übergangsformen hat die Planung unter Beibehaltung des monopolkapitalistischen Eigentums keine Zukunft. Wo sich der Plankapitalismus in demokratischen Formen entwickelt, mag er schließlich durch die Machteroberung sozialistischer Kräfte überwunden werden. Wo er sich in totalitären faschistischen Formen fixiert, tendiert er unvermeidlich zur kriegerischen Katastrophe. In keiner Form kann er die Übergangsperiode, in der wir leben, überdauern. Aber in jedem demokratischen Lande, in dem die Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten noch offensteht, hängt es von der Entscheidung des Volkes ab, den kapitalistischen Umweg abzukürzen und die Gefahr seiner Fixierung in faschistischen Formen ein für allemal zu beseitigen. Plankapitalismus kann nur als Planimperialismus bis zu Ende durchgeführt werden. Wohlfahrtsplanung als nicht als kapitalistische, sondern nur als sozialistische Planung das Ziel stabiler Vollbeschäftigung erreichen.

Es gibt totalitäre Planung auf kapitalistischer und nichtkapitalistischer Grundlage. Während die kapitalistische Planung die neue Entwicklung in die Fesseln der überholten Epoche zu schlagen versucht, sichert die totalitäre Planung die neue Herrschaftskaste vor jeder demokratischen Kontrolle und macht damit die sozialistische Vorwärtsentwicklung unmöglich.

Nur die Planung auf der Grundlage der Beseitigung des monopolkapitalistischen Eigentums und im Rahmen demokratischer Institutionen kann die vollen sozialistischen Möglichkeiten der neuen Gesellschaftsordnung zur Reife bringen. Die Entscheidung unter den Möglichkeiten der Übergangsperiode ist die Entscheidung zwischen dem Weg zum sozialistischen Ziel und dem Weg in die Sackgasse des Totalitarismus.

Sozialdemokratie und Kommunisten

Für die organisierte Arbeiterschaft, für die sozialistische Bewegung ebenso wie für andere Volksteile und ihre Organisationen hörte der demokratische Staat im 20. Jahrhundert auf, lediglich Unterdrückungsorgan zu sein. Die rein negative Haltung zum Staat entsprach in der Demokratie nicht den tatsächlichen Interessen der Arbeiterschaft. Aber ebensowenig war die Haltung des Scheinrichtens im demokratischen Staat eine hinreichende Vorbereitung auf den kritischen Augenblick des Übergangs zur Planwirtschaft.

Der Glaube an die Verwirklichung des Sozialismus durch schrittweise Reform oder durch den Massenaufstand gegen den Staat sind gleichermaßen offenkundig veraltet in einer Zeit, in der der Kampf der Arbeiterbewegung überall um die demokratische Eroberung der Staatsmacht und ihre Ausnutzung zum planmäßigen Umbau der Gesellschaft geht. Nach der Erfahrung des zweiten Weltkrieges und der faschistischen Periode kann niemand den katastrophalen Charakter der kapitalistischen Entwicklung leugnen oder von der Abschwächung der Klassegegensätze und dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus träumen.

Nach sozialdemokratischer Auffassung haben daher die heutigen Gründe der Spaltung nichts mit der traditionellen Scheidung von „Reformisten“ und „Revolutionären“ zu tun. Der traditionelle Richtungsstreit zwischen reformistischen und revolutionären Sozialisten hat im Zeitalter des Übergangs zur Planwirtschaft

seinen Sinn verloren. Der Gegensatz zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten hat aufgehört, ein bloßer Richtungsstreit über den Weg zu gemeinsamem Ziel zu sein.

Das Ziel selbst ist nun verschieden, obwohl die Werte, die es bezeichnen, oft noch die gleichen sind. Das Vorbild der Kommunisten ist die Staatswirtschaft der Sowjetunion, die Planung im Einparteistaat, deren zwangsläufige Tendenz zur Errichtung einer neuen Herrschaftskaste sie ignorieren. Das Ziel der Sozialisten ist, die Planung im Interesse der arbeitenden Massen durch die Unterwerfung des Verwaltungsapparates unter die demokratische Kontrolle der Arbeitenden sicherzustellen.

An Stelle der wissenschaftlichen Analyse des gesellschaftlichen Kräftefelds trat bei den Kommunisten die magische Vorstellung, daß alle die vielfältigen politischen und sozialen Gruppierungen nur ebensoviele Marionetten an den Drähten zweier Führungen seien: der monopolkapitalistischen Oligarchie auf der einen, der kommunistischen Parteiführung auf der anderen Seite. Und dem entsprechen denn auch in der Praxis die immer neuen kommunistischen Versuche, ihre eigenen Marionettenorganisationen zu schaffen und unabhängige Arbeiterorganisationen wie Marionetten zu gängeln.

Die Marxsche Analyse bewährte ihren wissenschaftlichen Charakter in der Zurückführung des kapitalistischen Elends nicht auf die willkürliche Bosheit der Ausbeuter, sondern auf die unpersönlichen, vom Willen des einzelnen unabhängigen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise. Das totalitäre Denken der Kommunisten hat den Marxismus soweit verzerrt, bis er für sie die gleiche Funktion erfüllen konnte wie die Rassenlehre für den Nationalsozialismus. Dieses Hineintragen totalitären Denkens in die Arbeiterbewegung hat die heutige tiefe Kluft zwischen den Kommunisten und allen anderen Arbeiterorganisationen geschaffen. Die Behandlung jeder anderen Organisation, ja jeder Opposition in den eigenen Reihen als Werkzeug des Klassenfeindes rechtfertigt in den Augen der kommunistischen Führung die Anwendung aller Mittel in ihrer Bekämpfung und zerstörte die Grundlagen echter Diskussion zwischen beiden Lagern.

Zwischen den Kolossen — Sozialismus auf europäischer Basis

Was meinen wir mit Sozialismus?

Auf diese Frage ist die Antwort heute noch die gleiche wie vor hundert Jahren: die Abschaffung der Klassen und die Aufhebung der Lohnarbeit.

Die Voraussetzung dafür ist in erster Linie die Zunahme der Arbeitsproduktivität, die Zunahme der verfügbaren Güter und der verfügbaren Muße. Je mehr einem jeden Mitglied der Gesellschaft verfügbar gemacht werden kann, desto weniger Bedeutung kann zusätzliches Einkommen als Anreiz für Leistung haben, desto mehr müssen ideelle und kollektive Antriebe, der Wille, seinen Beitrag zum Ganzen zu leisten, den materiellen Antrieb des Einkommens ersetzen, und desto mehr können sie es.

Alle Lohnarbeit ist darin „Entmenschung“, daß sie den Menschen aus einem Zweck zum Mittel der Produktion macht — und das gilt zunächst für Lohnarbeit in einer Planwirtschaft genau so wie für Lohnarbeit im „freien“ Kapitalismus. Das Besondere sozialistischer Planung ist, daß sie über diesen Zustand hinaus will und tatsächlich hinausführt.

Sozialistische Planung, die konsequent die Hebung der Lebens- und Kulturstandards der Massen zur Hauptaufgabe macht, ist auf die Dauer nur in einer friedlichen Welt möglich — in einer Welt, die nicht von der ständigen Erwartung kriegerischer Konflikte beherrscht wird. Sie hängt also entscheidend von der Entwicklung der Weltpolitik, der internationalen Beziehungen ab.

Darüber hinaus ist, wie wir gesehen haben, die Leistungsfähigkeit sozialistischer Planung wie jeder Planung durch die Größe des Planungsbereichs bedingt. Der typische Nationalstaat von heute, insbesondere der typische europäische Staat, ist für diesen Zweck zu klein und zu abhängig vom Außenhandel.

Die Vorteile einer Zusammenarbeit — in der gemeinsamen wirtschaftlichen Planung und in der Koordinierung der Außenpolitik mit dem Ziel, die Abhängigkeit von den beiden Großmächten zu vermeiden — sind überwältigend. Wer seine Selbständigkeit als Einzelstaat erhalten will, der wird sie verlieren — nicht durch freiwilliges Aufgehen in einer höheren Einheit mit gleichen Rechten, sondern durch die staatliche Auflösung im hemmungslosen, jeden nationalen Zusammenhalt zersetzenden Kampf zwischen den Parteien des totalitären Kommunismus und der kapitalistischen Reaktion.

Die Kräfte des sozialen Fortschritts in Amerika, die sich nicht auf die Tradition einer heimischen sozialistischen Massenbewegung stützen können, werden in dieser kommenden Auseinandersetzung um so stärker sein, je mehr sie auf Erfolge der demokratischen Sozialisten Europas in der stabilen Planung ihrer Zusammenarbeit und im Wiederaufbau der zerrissenen und verwüsteten Alten Welt hinzuweisen in der Lage sind.

Und je eher es den Völkern Europas gelingt, ihren zerstörten Kontinent wieder aufzubauen und ihren früheren Lebensstandard wiederzuerlangen, je stabiler ihre Wirtschaftsplanung sich im Fall einer amerikanischen Wirtschaftskrise erweist, je eindeutiger sie demonstrieren, daß es ihnen möglich ist, auf demokratischer Grundlage den sozialistischen Umbau ihrer Wirtschaft vorzunehmen und ihre nationalen Gegensätze durch Kooperation in einer höheren Einheit zu überwinden, desto größer wird der Eindruck auf die unterdrückten Völker der Sowjetunion sein.

In der heutigen Lage ist die Voranstellung der gemeinsamen Aufgabe gegenüber nationalen Nöten und Beschwerden deshalb nicht mehr die Verkündung eines abstrakten Moralprinzips noch die Kampflösung einer einzelnen Klasse. Sie ist die praktische Lebensnotwendigkeit der freien Länder Europas, die einzige konkrete nationale Politik, die ihnen offenbleibt.

Die Vertretung dieser Politik ist heute die geschichtliche Mission der demokratischen Sozialisten Europas und in diesem Rahmen die geschichtliche Aufgabe der deutschen und der Berliner Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten sind in ihren Prinzipien gleich entfernt von der Bereitschaft, sich der totalitären Diktatur der Sowjetunion zu unterwerfen, wie sich an einem kapitalistischen Klassenkrieg zu deren Zerstörung zu beteiligen. Sie kämpfen um ein Ziel der demokratischen Planung, das nur in der europäischen Zusammenarbeit verwirklicht werden kann und nur im Rahmen einer friedlichen Entwicklung, die die Schaffung einer starken, selbständigen Gruppierung zwischen den beiden Kolossen von heute erfordert.

Die internationale Mission der sozialistischen Arbeiterbewegung ist heute eine unmittelbare, greifbare europäische Mission, von deren Dringlichkeit der Kampf um Berlin nur das sinnfälligste Beispiel ist. In der Welt von heute hängt von der Erhaltung der Selbständigkeit Europas, der Entwicklung seiner humanistischen

Traditionen, der Setzung eines Beispiels demokratisch-sozialistischer Planung zwischen den Kolossen so viel ab, daß diese europäische Mission der größte geschichtliche Dienst ist, den der Sozialismus der ganzen Menschheit leisten kann.

★

Dazu ein kleines Zwischenspiel: Dr. Josef Grunner antwortete darauf in seiner temperamentvollen Sprache:

„Ich möchte jetzt schon erklären, daß dieser Entwurf nicht einmal die Basis einer Diskussion bilden kann. Die Prinzipienklärung bzw. das „Motto“ ist viel zu eng, und in ihrer Formulierung geradezu unsinnig. Auch in den „Motiven des Sozialismus“ ist von einem Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit und von einem „Glauben an die Möglichkeit einer Ordnung, die sich nicht auf dem Nebeneinander der Ameisen, sondern auf die brüderliche Zusammenarbeit der Schaffenden“ aufbaut, die Rede. Diese Formulierung kann im besten Fall für einen linken Flügel der CDU geeignet sein, niemals aber für eine sozialistische Partei. Sie mag ganz amüsant sein in einer etwas romanhaften Darstellung, hat aber in einem Aktionsprogramm nichts zu suchen. Aus Paul Serings „Jenseits des Kapitalismus“ können recht wertvolle Beiträge zu einem Aktionsprogramm entnommen werden. Diese Beiträge sind es nicht.“

Trotz zugestandenen Temperamentes schien uns, dem federführenden Sekretariat, das doch etwas zu scharf pointiert. Wir haben deshalb geantwortet:

„Ihre Kritik an dem Entwurf einer Prinzipienklärung haben wir zur Kenntnis genommen. Wir geben sie nicht an die Mitglieder der Programm-Kommission weiter, weil wir der Auffassung sind, daß sich ein Demokrat bemühen muß, bei aller Schärfe der Kritik nicht zynisch kränkend zu sein.“

Alle nach diesem Brief liegenden Begegnungen zwischen dem Absender und dem Empfänger waren von wirklicher Herzlichkeit. Beide haben sich gut verstanden und tun es heute erst recht.

Selbstverständlich hatte sich Dr. Josef Grunner nicht auf die Kritik beschränkt. Er machte sich einen Entwurf des Marxistischen Arbeitskreises zu eigen und stellte ihn zur Diskussion. Dessen Text ist:

Entwurf

zu einem Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband Groß-Berlin

Nachdem das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine tragenden Kräfte sich als unfähig erwiesen haben, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschen auf friedliche Weise zu gestalten, sind heute sozialistische und demokratische Ordnung die Voraussetzungen zum Aufbau eines neuen Deutschlands. Die Sozialdemokratie trägt das Bekenntnis zum Sozialismus und zur Demokratie

in ihrem Namen. Sie hat ihm in ihrer achtzigjährigen Geschichte, die reich an Leistungen, wenn auch nicht frei von Fehlern waren, die Treue bewahrt. Die Ideen der großen Sozialisten des 19. Jahrhunderts sind nach wie vor das politische Fundament der Sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokratie sieht keinen Anlaß, von den großen und bleibenden Erkenntnissen der von Marx und Engels entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse abzugehen, sondern wird vielmehr nach ihrer Methode aus den Tatsachen der veränderten Welt des 20. Jahrhunderts sozialistische Schlußfolgerungen ziehen. Die Sozialdemokratie bekennt sich damit zu den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus und kämpft entschlossen für die Verwirklichung der von Marx und Engels entwickelten Grundforderungen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausbeutung. Das Ziel dieses Kampfes ist die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, um dem Volke das Höchstmaß an Wohlergehen und die wahre Freiheit im Frieden zu sichern.

Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei. In ihr sammeln sich alle Kräfte, die gemeinsam mit der Arbeiterklasse die sozialistische Ordnung anstreben. Die Sozialdemokratie wendet sich hierbei ganz besonders an die Frauen, für deren ungeschmälerte politische und gesellschaftliche Rechte sie von jeher als entschlossenste Vorkämpferin eingetreten ist. Ebenso wendet sie sich an alle jungen Menschen, die nach einem Ausweg aus der Krise der Gegenwart suchen.

Nach einem verbrecherisch begonnenen Krieg besiegt, lebt das deutsche Volk, in vier Besatzungszonen zerrissen, inmitten eines Kraftfeldes, in dem die Interessen der Weltmächte einander widerstreiten. Aus dieser Lage gibt es weder einen östlichen, noch einen westlichen Ausweg, sondern es muß eine Lösung für Deutschland gefunden werden. Die Sozialdemokratische Partei kann eine Zerreißung Deutschlands nicht zulassen, da diese lediglich das Wiederaufleben des Nationalismus, des Militarismus und des Revanchegeistes in Deutschland provozieren würde.

Das Bestehen von gegnerischen „Blöcken“ bildet eine dauernde Gefahr von Zusammenstoßen und Konflikten. Jede nach dieser Richtung orientierte Politik muß von der Sozialdemokratie bekämpft und alles versucht werden, damit die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen allen Ländern wiederhergestellt und ausgebaut werden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt zu allen Besatzungsmächten ein gleich korrektes Verhältnis. Die Auseinandersetzungen zwischen den Besatzungsmächten sind keine Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokratie sieht es daher nicht als ihre Aufgabe an, in den Auseinandersetzungen zwischen den Besatzungsmächten Partei zu ergreifen. Soweit Deutsche überhaupt die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten beeinflussen können, kann das Bestreben nur auf ihre Einigung über alle Deutschland betreffenden Fragen gerichtet sein.

Der Kampf gegen die Konfliktgefahren, die drei Jahre nach Beendigung des schrecklichen Völkermordens wieder die arbeitenden Massen bedrohen, trägt den zweifachen Charakter eines Kampfes der Klassen um ihr Lebensrecht und eines Kampfes der Völker um die Verteidigung der Demokratie, die um den Preis von so viel Blut und Ruinen gerettet worden ist. Angesichts dieser Gefahren betrachtet es die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe, die proletarischen und demokratischen Kräfte zu einigen und den Zusammenschluß der Sozialisten der ganzen Welt zu fordern unter Hervorhebung der Gründe, die sie über einzelne Meinungsverschiedenheiten hinweg verbinden.

Auch unter dem Regime der Besatzungsmächte festigt sich die alte bürgerlich-kapitalistische Ordnung. Dieser bürgerlichen Ordnung ist der Klassenkampf innewohnend.

Die wirtschaftlichen Ereignisse des Jahres 1948 zeigen erneut, daß die Arbeiterklasse ihre Interessen nur im Kampf gegen die bürgerliche Klasse durchsetzen kann. Die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats bekennt sich darum zum Sozialismus als revolutionäre Aufgabe im Sinne einer grundlegenden, bis an die Wurzeln gehenden Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und zum Klassenkampf. Die Beherrschung Deutschlands durch die Siegermächte kann diese revolutionäre Aufgabe der Sozialdemokratie nicht aufheben; sie wirkt nur unter veränderten Bedingungen weiter.

Da Sozialismus und Demokratie nur im Frieden ihre Kräfte entfalten können, ist die Sozialdemokratische Partei ein konsequenter Gegner jeden Krieges. Sie erhebt im Namen der arbeitenden Massen und der durch den Krieg betroffenen Völker die Forderung nach Frieden und Völkerversöhnung.

Die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlin betrachtet sich als Glied der großen deutschen Sozialdemokratie. Die besonderen Verhältnisse des Stadtstaates Berlin als fünfter Zone erfordern jedoch eine besondere Organisation. Durch die wider-natürliche Einschmelzung der SPD in der Berlin umklammernden sowjetischen Zone wird der Berliner Sozialdemokratie als Vorposten und Symbol eine erhebliche Bedeutung gegeben. Die Berliner Sozialdemokraten, die mit ihrer Selbstbehauptung bereits den Kampf um die demokratischen Freiheitsrechte aufgenommen haben, sind entschlossen, diesen Kampf bis zur Verwirklichung des Sozialismus weiterzuführen. Ihre Arbeit wird von folgenden Grundsätzen bestimmt:

(Aktionsprogramm Abschn. A vollständig, Abschn. B vollständig mit einer Streichung.)

Gegen finanzielle Illusionspolitik — für einen gerechten Lastenausgleich

Die Sozialdemokratische Partei fordert eine durchgreifende Geldreform für ganz Deutschland mit dem Ziel, den Geldumlauf dem Güterumlauf anzupassen. Die Geldreform hat der staatlichen Wirtschaftslenkung zu dienen. Jede marktwirtschaftliche Ertragsrechnung ist in ihr auszuschließen und allein die Bedarfsdeckung als Durchführungsmotiv heranzuziehen. Mit der Geldreform muß ein Lastenausgleich verbunden sein, der nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt werden muß. Dabei ist eine umfassende Heranziehung der Kriegsgewinne, Nazivermögen und Großvermögen eine wirtschaftliche und moralische Notwendigkeit. Besonders ist hierbei die Wiedergutmachung der gesellschaftlichen Schäden zu berücksichtigen, die die Verfolgten des Naziregimes erlitten haben.

Abs. 10: Sorge für die Opfer des Faschismus und des Krieges.

(Nur Überschrift so verändern.)

Abs. 17: Trennung zwischen Kirche und Staat.

Die Sozialdemokratie fordert für jeden Staatsbürger Anspruch auf Glaubensfreiheit und unbehinderte Religionsausübung. Jedoch verlangt die Sozialdemokratie völlige Trennung von Kirche und Staat. Jede Kirche ordnet unabhängig vom Staat ihre Angelegenheiten selbst, auch in finanzieller Hinsicht. Der Staat darf keiner Religionsgemeinschaft Zuschüsse oder Sonderstellungen einräumen, noch von ihnen empfangen.

20

Gegen die Spaltung — für die Einheit der Arbeiterklasse

Die Sozialdemokratie erkennt, daß der Sozialismus, sein Schicksal und seine Zukunft an den Willen der Arbeiterklasse zur Einheit gebunden ist und daß es Aufgabe der sozialistischen Parteien sein muß, bei aller Wahrung der Treue zu ihren Grundsätzen, alles zu unternehmen, um die Einheit wieder herzustellen, welche gegen ihren Wunsch zerstört wurde. Umsomehr bedauert sie die Verschärfung der Spaltung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse, welche durch die Angriffe, die gegen die demokratischen Sozialisten ständig gerichtet werden, provoziert worden ist. (Beschluß der Antwerpener Konferenz vom 2. 12. 47.)

Gegen den Antisemitismus.

Der Antisemitismus bedeutet eine Gefahr für die Demokratie und den Frieden. Die Sozialdemokratie wendet sich an alle Sozialisten und Demokraten, sich jedem Versuch, die antisemitische Propaganda wieder aufleben zu lassen, energigegen zu widersetzen. Sie bezeichnet den Antisemitismus als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Dem Charakter nach gehört als Material zu einem Aktionsprogramm nun noch „Das Mandat der Berliner Sozialdemokratie, Aufgaben der neuen Stadtverordnetenversammlung und des neuen Magistrats“ hierher, obwohl es nicht als Programm bezeichnet wurde. Es ist auf der Tagung des 5. Landesparteitages vom 2. Januar 1949 beschlossen worden und lautet:

I.

Die Wahlentscheidung vom 5. Dezember war ein außerordentlicher Vertrauensbeweis für die Berliner Sozialdemokratie und legt ihr eine außergewöhnliche Verantwortung auf. Der politische Notstand, der durch die Maßnahmen der Sowjets und ihrer SED-Gefolgschaft im blockierten Berlin geschaffen worden ist, zwingt zur Zusammenfassung aller Kräfte. Deshalb erklärt die SPD ihre Bereitschaft zur sachlichen Zusammenarbeit mit den beiden anderen demokratischen Parteien.

Der Landesparteitag hält es für die zentrale, alles andere überschattende Aufgabe des Stadtparlaments und der Stadtregierung, die Freiheit und Unabhängigkeit von ganz Berlin mit allen zur Verfügung stehenden politischen Mitteln zu verteidigen und dazu beizutragen, daß die Blockade sobald wie möglich durchbrochen und die Einheit Berlin wiederhergestellt wird. Alle Maßnahmen und Beschlüsse müssen von den Interessen der Bevölkerung aller vier Sektoren geleitet sein.

Die Eingriffe der sowjetischen Militärregierung in die Berliner Selbstverwaltung haben verhindert, daß die unter der führenden Beteiligung der SPD beschlossene neue Verfassung bisher in Kraft gesetzt werden konnte. Nichtdestoweniger steht die Sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß die Grundbestimmungen der neuen Verfassung künftig überall dort anzuwenden sind, wo es die Vorschriften der Vorläufigen Verfassung gestatten. Damit sind die Grundsätze für

21

die Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung gegeben. Eine freiheitliche Entwicklung erfordert aber auch, daß die Alliierte Kommandantur auf Überwachungsaufgaben beschränkt wird und die westlichen Sektorengrenzen aufgehoben werden, um die Selbstverwaltung zu stärken.

Nach der neuen Verfassung bekennt sich Berlin als deutsches Land zur deutschen Republik. Seine Vertreter sind an der Ausarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat in Bonn maßgebend beteiligt. Die gesamte deutsche Sozialdemokratie fordert, daß Berlin stimmberechtigt an den Organen der Bundesrepublik Deutschland teilnimmt. Sowohl politisch wie wirtschaftlich kann eine Überwindung der Berliner Krise durch Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland gefördert werden.

II.

Die Verteidigung der Lebensinteressen der Bevölkerung hat für alle Organe der Selbstverwaltung oberstes Gebot zu sein. Dazu gehört nach Meinung des Landesparlamentes zunächst die Lösung folgender Aufgaben:

1. Ordnung des Haushalts:

Im Rahmen des neu zu regelnden Gesamthaushalts von Berlin ist sofort ein Sonderhaushalt für die westlichen Sektoren aufzustellen. Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung laufend über die Kassen- und Haushaltslage zu informieren, und diese hat die Pflicht der Budgetkontrolle gewissenhaft auszuüben.

2. Einheitliche Währung:

Eine Ordnung des öffentlichen Haushalts und der privaten Wirtschaft wird nur bei geordneten Währungsverhältnissen möglich sein. Die SPD wiederholt darum die Forderung nach baldigster Einführung der D-Mark West als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in den westlichen Sektoren.

3. Funktionsfähiges Bankwesen:

Als vordringliche Aufgaben sind

- a) die Funktionen der bisher nach alliierten Weisungen arbeitenden Währungskommission auf eine Landeszentralbank unter deutscher Selbstverwaltung zu übertragen;
- b) die bereits begonnene Bildung neuer Zentralen für die westlichen Zweigstellen des Stadtkontors und der Sparkasse in kurzer Zeit zu vollenden.

4. Vernünftige Preispolitik:

Eine Preisentwicklung, wie sie in den Westzonen nach der Währungsreform Platz gegriffen hat, muß in Berlin verhindert werden. Der neue Magistrat hat die gegenwärtigen Richtlinien für die Preisbildung zu überprüfen und die Preise für Konsumgüter aller Art weiterhin zu kontrollieren.

5. Bessere Rohstoffversorgung:

Es besteht die Gefahr zunehmender Arbeitslosigkeit, wenn den Betrieben nicht in kurzer Zeit mehr Rohstoffe und Halbfabrikate zugeleitet werden. Von der gegenwärtigen Gesamtmenge der auf dem Luftwege eingeführten Güter müssen wesentlich größere Mengen als bisher für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Die SPD erkennt die große Hilfe durch die Luftbrücke an, unumgänglich erscheint ihr jedoch eine Vergrößerung des Transportraumes und eine Beteiligung deutscher Dienststellen an seiner rationellen Ausnutzung.

6. Kontrolle der Handelsbeziehungen:

Eine Kontrolle der von und nach Berlin ein- und ausgeführten Güter ist notwendig, sowohl im Interesse einer geordneten Versorgung wie im Interesse einer Sicherung der Währung. Darum schlägt die SPD der Alliierten Kommandantur die Genehmigung für eine „Außenhandelskontrolle“ während der Dauer der Blockade vor.

7. Gesteigerte Bautätigkeit:

Trotz der weiterhin schlechten Zufuhr von Baustoffen sind alle Anstrengungen zu machen, den Wohnungsbau zu fördern. Der neue Magistrat hat ein kurzfristiges Programm für die Herstellung von halb- und dreiviertel fertigen Wohnblocks an bestimmten Schwerpunkten der Stadt aufzustellen. Er muß Maßnahmen gegen eine ungerechtfertigte finanzielle Ausnutzung des Berliner Baugrundes durch private Hände ergreifen. Für ein künftiges umfassendes Wohnungs- und Bauprogramm sind die Grundlagen der finanziellen Sicherung zu schaffen.

8. Arbeitslosenhilfe:

Trotz der angespannten Finanzsituation müssen im Haushaltsplan ausreichende Mittel für die Arbeitslosen bereitgestellt werden. Dabei ist in erster Linie die Finanzierung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu berücksichtigen. Die Vermittlung der Arbeitslosen ist durch den Aufbau von Facharbeitsnachweisen auf eine neue Grundlage zu stellen. Das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist zu überprüfen und neu zu fassen.

III.

Über diese Aufgaben hinaus betrachtet es die Sozialdemokratische Partei als das ihr von der großen Mehrheit der Wählerschaft übertragene Mandat, in der neuen Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat für folgende Reformen einzutreten:

1. Demokratisierung der Wirtschaft:

Auf der Grundlage des Wirtschaftskammergesetzes sind alle Zweige des Wirtschaftslebens nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung zur Förderung des Neuaufbaues in eine sinnvolle Planung einzubeziehen. Totalitäre Maßnahmen und

schematische Reglementierung werden auf wirtschaftlichem ebenso wie auf politischem und kulturellem Gebiet abgelehnt. Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge zu unterbreiten, welche Unternehmungen gemeinschaftlich organisiert werden können.

2. Neuordnung der Sozialversicherung:

Schaffung einer gesunden sozialpolitischen Grundlage in der Gesetzgebung, insbesondere Verabschiedung des Berliner Sozialversicherungsgesetzes, Einschaltung der Versicherten in die Verwaltung des sozialen Versicherungswesens.

Ausbau der sozialen Fürsorge.

Ausbau und Betonung der vorbeugenden Maßnahmen in der gesundheitlichen Fürsorge.

3. Lastenausgleich:

Das Stadtparlament hat Maßnahmen zur Vorbereitung eines allgemeinen Lastenausgleiches zu treffen.

4. Schutz und Hilfe für die junge Generation:

Die Sozialdemokratie verlangt von der Verwaltung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weitgehende Unterstützung der Jugendverbände, Förderung des sozialen Bewußtseins und Ausbau der Jugendfürsorge. In allen Bezirken sollen selbständige, von einem Bezirksrat geleitete Jugendämter errichtet werden. Das Gesetz zur politischen Entlastung der Jugend ist neu einzubringen, da seine Erledigung durch das sowjetische Veto bisher nicht erfolgt ist. Die Genehmigung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, das dem Arbeitskomitee der Alliierten Kommandantur Anfang November neu vorgelegt worden ist, wird baldigst erwartet.

5. Forderungen zur Kulturpolitik:

Ausbau des Berliner Schulwesens.

Im Geiste der Toleranz soll das neue Schulgesetz unter stärkster Beteiligung der Elternschaft zur Neuordnung des Schulwesens führen.

Ausbau des Hochschulwesens und planmäßige Kunstpflege unter Berücksichtigung der „Freien Volksbühne“. Neuaufbau der öffentlichen Bibliotheken und Museen in den Westsektoren.

6. Unterstellung des Gerichtswesens und der Polizei unter die Aufsicht der deutschen Selbstverwaltung:

Maßnahmen zur Überwindung der Berliner Justiznot. Als erste Sofortmaßnahme Schaffung eines neuen Kammergerichts. Reform der Polizeiverwaltung mit klarer Abgrenzung der Aufgaben zwischen Polizei und allgemeiner Verwaltung.

IV.

Der kommunistische Staatsstreich hat eine Reorganisation in der zentralen Verwaltung in den westlichen Sektoren notwendig gemacht. Diese Neuorganisation muß mit einer weitgehenden Vereinfachung und fachlichen Rationalisierung der Verwaltung verbunden werden. Die SPD erwartet vom neuen Magistrat, daß er der Stadtverordnetenversammlung schnellstens über die auf diesem Gebiet eingeleiteten und geplanten Maßnahmen berichtet.

Die Wahl des Magistrats, an dem nach Meinung des Landesparteitagtes ebenso wie an den Bezirksämtern alle drei demokratischen Parteien entsprechend ihrer Stärke beteiligt sein sollten, hat nach den Bestimmungen des Artikels 41 der neuen Verfassung zu erfolgen. Die Stadtverordnetenversammlung wählt demzufolge zunächst den Oberbürgermeister und auf seinen Vorschlag die beiden Bürgermeister sowie die übrigen Mitglieder des Magistrats. Mit Rücksicht auf die Notlage der Stadt wird die Zahl der Magistratsabteilungen auf zwölf beschränkt. Die Stadträte für die Abteilungen Banken und Versicherungen, Städtische Betriebe und Jugend fallen fort. Das zentrale Jugendamt soll einem der Bürgermeister unmittelbar unterstellt werden. Die im Sinne der neuen Verfassung erfolgende Stärkung der Stellung des Oberbürgermeisters macht es andererseits erforderlich, daß die Stadtverordnetenversammlung die ihr nach der vorläufigen Verfassung zukommenden kontrollierenden Funktionen in vollem Umfange wahrnimmt.

In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung bestehen die Bezirksämter künftig aus dem Bezirksbürgermeister und höchstens acht Bezirksräten, von denen einer zugleich stellvertretender Bürgermeister ist. Die Sozialdemokratische Partei empfiehlt den Bezirksbürgermeistern, selbst das Amt für Personal und Verwaltung zu übernehmen, die Abteilungen Sozialwesen und Arbeit zusammenzulegen und ein selbständiges Jugendamt zu errichten. Durch Heranziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter und auf andere Weise sollte die Selbstverwaltung auch in den Bezirken erweitert und belebt werden.

★

Ruf nach einem allgemeinen Programm

Der Parteivorstand hat Mitte Januar 1949 eine Kommission berufen, die das Programm der Partei vorbereiten soll. Inzwischen wird auch in unserer Berliner Mitgliedschaft lebhaft um die dort zu verankernden Grundsätze diskutiert.

Der Landesverband hat in seiner Sitzung vom 12. Februar 1949 dazu ein Referat des Vorsitzenden der Landesorganisation Bayerns, Waldemar von Knoeringen, gehört und diskutiert. Aus diesem Referat sind nach unserer Meinung die folgenden Auszüge von besonderem Interesse:

Wenn wir heute die Frage stellen: „Was will die Sozialdemokratie?“, so ist das nichts anderes als die alte Frage: „Was ist Sozialismus?“. Die Antwort auf diese Frage hat zu unterscheiden zwischen dem Ziel des Sozialismus und dem Weg,

auf dem wir dieses Ziel zu erreichen suchen. Ziel des Sozialismus ist die Befreiung des Menschen von wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung, die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die Schaffung einer sozialistischen Ordnung, d. h. einer Ordnung der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit, die allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

An diesem Ziel hat sich seit Karl Marx nicht das Geringste geändert. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß Karl Marx um ein für die ganze Menschheit gültiges Freiheitsideal gekämpft hat. Die Grundforderung von Karl Marx ist die Befreiung des Menschen von wirtschaftlicher Ausbeutung durch seine Mitmenschen, ist die Herbeiführung einer Gesellschaftsordnung, in welcher, wie es im Kommunistischen Manifest am Schluß des 2. Abschnitts wörtlich heißt, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist.

Wie soll eine solche Gesellschaftsordnung aussehen? Welche Maßnahmen müssen wir ergreifen, um eine solche Gesellschaftsordnung herbeizuführen? Bei dem Versuch, diese beiden Fragen zu beantworten, stoßen wir auf die geistige Krise, in der sich unsere Partei seit über einem Menschenalter befindet. Die entscheidende Ursache dafür liegt m. E. darin, daß man es in der Zeit vor 1914 versäumt hat, sich ein klares Bild davon zu machen, wie eine sozialistische Ordnung in der Praxis aussehen soll. Die Folge davon war ein immer größerer Gegensatz zwischen marxistischer Theorie und politischer Praxis. In der Theorie hielt man an den Lehren von Karl Marx mehr oder weniger dogmatisch fest. In der Praxis kam man immer mehr in ein reformistisches Fahrwasser.

In der geistigen Grundhaltung begnügte man sich im Grunde genommen damit, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen.

Man hatte außer dem Schlagwort „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ kaum eine Vorstellung davon, wie eine sozialistische Wirtschaftsordnung eigentlich funktionieren sollte. Die Folge dieses geistigen Zustandes war ein fortgesetztes Versagen der SPD in den entscheidenden Stunden unserer Nachkriegsgeschichte.

1918 fiel uns die Macht in den Schoß, wir wußten nichts Grundlegendes damit anzufangen. Man diskutierte jahrelang über Sozialisierungsprobleme, bis der Gegner sich soweit erholt hatte, daß er uns wieder aus dem Sattel heben konnte. 1928 waren wir politisch wieder stark in Führung, hatten aber kein zukunftsweisendes, praktisch durchführbares Programm.

Intolgedessen konnten wir in den entscheidenden Jahren der Weltwirtschaftskrise keinen konstruktiven Ausweg zeigen und mußten die in Bewegung geratenen politischen Massen dem Nationalsozialismus überlassen.

1945 war es im Grunde genommen wieder so, daß wir nichts Neues zu sagen hatten. Freilich verlangt die Gerechtigkeit, darauf hinzuweisen, daß wir zunächst die wirklich dringende Sorge des Aufbaues unserer durch den Nationalsozialismus zerschlagenen Partei hatten, und die Verdienste der Männer, die diese höchst undankbare Arbeit geleistet haben, dürfen nicht geschmälert werden. Aber seit langem geht ein Unbehagen durch unsere Partei. Man spürt, daß an dem allen „au etwas nicht in Ordnung ist.“

Auf dem letzten Parteitag in Düsseldorf hat eine Diskussion über die Fragen einer programmatischen Neugestaltung unserer Forderungen und Wirtschaftsver-

stellungen begonnen, die inzwischen auch innerhalb der Partei zu einer immer lebhafter werdenden Diskussion führt. Es kommt nun darauf an, daß wir uns über diese Grundgedanken klar werden, da sonst in der geistigen Unsicherheit eine feste Politik nicht entwickelt werden kann.

Manchem Sozialdemokraten — und es sind nicht die schlechtesten — fällt es allerdings doch recht schwer, von liebgewordenen Vorstellungen und Schlagworten Abschied nehmen zu müssen. Er fürchtet, daß damit auch wesentliche Teile des inneren Gehalts der sozialistischen Idee verlorengehen, daß alles jahrzehntelang bewährtes sozialistisches Gedankengut zugunsten einer Verbürgerlichung des Sozialismus aufgegeben werden soll, daß wir aus Kämpfern zu Leisetretern werden sollen, um möglichst viele Mißläufer zu gewinnen.

Wir wollen diese Sorgen durchaus nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie sollen uns eine Mahnung sein, das Ziel des Sozialismus unverrückbar im Auge zu behalten. Aber Hand aufs Herz! Wer von diesen besorgten Wärmern kann bestreiten, daß wir uns seit über drei Jahrzehnten in einer geistigen Sackgasse befinden? Wer von ihnen hat einen Ausweg gezeigt?

Wenn wir heute alten dogmatischen Ballast über Bord werfen, dann bedeutet das noch lange nicht, daß wir gleichzeitig das sozialistische Schiff verlassen wollen. Im Gegenteil! Wir wollen es nur wieder manövrierfähig machen. Das Ziel bleibt das gleiche wie bisher. Die Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt im Jahre 1788 war eine geniale Tat. Aber jeder von uns hält es für selbstverständlich, daß die Dampfmaschine von heute anders aussieht, als vor 160 Jahren. Das Prinzip der Dampfmaschinen ist trotz alledem das gleiche geblieben, sonst wäre es ja keine Dampfmaschine mehr. Dasselbe gilt für den Sozialismus.

Marx bleibt für alle Zeiten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Niemand kann es uns aber verwehren, daß wir seine Lehren daraufhin überprüfen, wie weit sie für uns heute noch Gültigkeit haben. Wir befinden uns dabei durchaus im Bunde mit Karl Marx und Friedrich Engels. Das Kommunistische Manifest ist im Februar 1848 erschienen; 25 Jahre später haben Karl Marx und Friedrich Engels ein Vorwort dazu geschrieben, in welchem sie ausdrücklich darauf hinweisen, daß die praktische Anwendung der sozialistischen Grundsätze von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängt. ...

Welches sind nun heute die Forderungen, die wir an die künftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stellen? Eine Ordnung der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn folgende vier Forderungen erfüllt sind:

Erstens Vollbeschäftigung, d. h. daß jeder, der arbeiten will, auch eine seinen Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit findet. Wir lehnen dabei, im Gegensatz zu Karl Marx, den Arbeitszwang ab, denn wir haben heute die Erfahrung der totalitären Staaten, die Marx noch nicht hatte. Die freie Berufswahl und die freie Wahl des Arbeitsplatzes sind für uns unerläßliche Voraussetzungen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

Die zweite Forderung ist wirtschaftliche Sicherheit. Wirtschaftliche Sicherheit bedeutet, daß wir jedem, der nicht mehr arbeiten kann, das Existenzminimum sichern, daß wir, wie es jetzt in England geschehen ist, das System der Sozialversicherung auf das gesamte Volk ausdehnen. Es bedeutet die Schaffung eines Wirtschaftssystems, in welchem auch dem Selbständigen wirtschaftliche Sicherheit insoweit gewährleistet wird, als er nicht mehr zu befürchten braucht, daß eine solide Existenz durch die unerbitliche Wucht von Wirtschaftskrisen hinweggefegt wird.

Drittens: Planmäßige Hebung des Massenwohlstandes, d. h. Ziel der Wirtschaftstätigkeit ist nicht der Profit einzelner Unternehmer, sondern die Deckung des Bedarfs der breiten Massen. Dazu gehört z. B. staatliche Förderung des Wohnungsbaus.

Die vierte und vielleicht wichtigste Forderung ist die gleiche Chance für jedermann. Sie bedeutet vor allem, daß die Begabten auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildet werden, und zwar nicht nur auf den höheren Schulen, sondern auch auf den Universitäten. Sie bedeutet die Abschaffung aller Vorrechte des Besitzes. Sie bedeutet die Abschaffung der Klassenherrschaft. Sie bedeutet auch, daß den Kindern der Ärmsten der Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ebnet wird. Die kompromißlose Einräumung der gleichen Chance ist die mächtigste Waffe, um unser ganzes heutiges Gesellschaftsgefüge umzuordnen. Der Aufstieg in die führenden Schichten unseres Volkes wird nicht mehr von Vermögen und Einkommen, sondern nur noch von Begabung und Leistung bestimmt. Vollbeschäftigung, wirtschaftliche Sicherheit, Hebung des Massenwohlstandes, gleiche Chance für jedermann sind die vier Grundpfeiler, auf denen die sozialistische Ordnung der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit ruht, einer Ordnung, die vom Geiste echter Menschlichkeit getragen ist und den Menschen in den Mittelpunkt aller unserer Überlegungen stellt.

Auf welchem Weg können wir nun unser Ziel erreichen? Es gibt den Weg der Demokratie, und es gibt den Weg der Gewalt. Wir wollen die neue Ordnung mit den friedlichen Mitteln der Demokratie erkämpfen. Wir lehnen jede faschistische oder kommunistische Diktatur ab, die zwangsläufig zur brutalen Vernichtung von Freiheit und Recht führen und Hunderttausende ins Unglück stoßen würde. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß unsere Arbeit sich nicht in sozialen Reformen erschöpfen darf, sondern daß es sich um eine grundlegende Umformung der Gesellschaftsordnung handelt. Es handelt sich darum, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Wirtschaftsordnung umzubauen. Bürgerliche Sozialpolitik beschränkt sich darauf, die Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu beseitigen, das System selbst aber beizubehalten. Wir Sozialisten dagegen wollen das Übel an der Wurzel anpacken und die Wirtschaftsordnung selbst umwandeln. Diesen Umwandlungsprozeß wollen wir auf demokratischem Wege herbeiführen. Wir brauchen dazu:

1. politische Demokratie
2. wirtschaftliche Demokratie, (Kampfboden).

Die politische Demokratie wird uns nach der Beseitigung der nazistischen Gewaltherrschaft durch die Besatzungsmächte im Westen langsam wiedergegeben. Mag diese Freiheit auch durch mancherlei Beschränkungen, die sich aus der Tatsache der Besatzung ergeben, eingegrenzt sein, grundsätzlich ist sie jedenfalls wiederhergestellt, und es liegt an uns, den richtigen Gebrauch davon zu machen.

Politische Demokratie allein genügt aber nicht. Es war der entscheidende Fehler der Weimarer Republik, daß sie versäumt hat, neben der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche Demokratie zu schaffen. Wie die politische Demokratie so lange nicht möglich ist, als sich bestimmte Stände oder Schichten besondere Vorrechte anmaßen, ist auch eine wirtschaftliche Demokratie so lange nicht möglich, als eine kleine Schicht von Monopolkapitalisten die Wirtschaft praktisch beherrscht. Voraussetzung sozialistischer Wirtschaftspolitik ist daher die Brechung jeder wirtschaftlichen Monopolmacht. Das ist der Sinn der Sozialisierung.

Aus diesen Gründen verlangen wir die Überführung der monopolisierten Grundstoffindustrien Kohle und Eisen, der Energiewirtschaft und der Großchemie in die Hände der Allgemeinheit. Die Sozialisierung ist für uns also zwar in politischer Hinsicht eine Frage ersten Ranges, in wirtschaftlicher Hinsicht dagegen nur noch eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Mit der Sozialisierung allein wird noch keine Tonne Kohle mehr erzeugt als im Privatbetrieb. Die Sozialisierung allein bringt noch lange keine Stärkung der Stellung des Arbeiters im Betrieb mit sich.

Die Erfahrungen in Sowjetrußland zeigen uns, daß die Zusammenballung aller wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staates den Menschen weit mehr versklavt, als dies im kapitalistischen Wirtschaftssystem der Fall ist. Wir sind aber gerade an einer Aufspaltung der Macht interessiert. So wenig wie die politische Macht in die Hände einiger weniger Bevollmächtigter sein darf, so wenig darf die wirtschaftliche Macht sich in wenigen Händen oder gar ganz allein in den Händen des Staates konzentrieren. Wir würden damit nur einer allmächtigen Bürokratie ausgeliefert.

Während Karl Marx noch die Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel verlangte, begnügen wir uns nach den Erfahrungen in Sowjetrußland und Nazi-Deutschland heute damit, nur die monopolreifen Industriezweige in Gemeineigentum zu überführen. Dabei wollen wir möglichst wenig mit reiner Verstaatlichung arbeiten, sondern andere Formen des Gemeineigentums entwickeln und fördern, z. B. die genossenschaftliche Form oder etwa die in Hessen vorgeschlagenen Sozialgemeinschaften.

Eine wichtige Ergänzung der Wirtschaftsdemokratie in der gesamten Volkswirtschaft ist die Wirtschaftsdemokratie im Betrieb. Wir fordern daher ein zeitgemäßes Betriebsrätegesetz, das den Arbeitern und Angestellten ermöglicht, an der Leitung und Verwaltung der Betriebe teilzuhaben, nach der Parole: mitarbeiten, mitdenken, mitbestimmen. Das bedeutet nicht, daß sie in die täglichen Entscheidungen des Betriebsleiters hineinreden sollen. Es bedeutet aber, daß sie die Betriebsleitung kontrollieren können, ob sie ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben erfüllt und daß sie notfalls auch die Abberufung eines Betriebsleiters durchsetzen können.

Darüber hinaus muß den Organisationen der Arbeitnehmer in allen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten die völlige Gleichberechtigung mit den Organisationen der Arbeitgeber eingeräumt werden.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel war ja doch seit Karl Marx das entscheidende Mittel, um eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen. In der Praxis allerdings ist diese Forderung in vollem Umfang längst nicht mehr erhoben worden. Man ist sich im sozialistischen Lager längst darüber im klaren gewesen, praktisch nur noch um die Sozialisierung der monopolreifen Industrien zu kämpfen. Aber man hat es doch versäumt, den Gegensatz zwischen sozialistischer Theorie und sozialistischer Praxis in weithin hörbarer Form von der offiziellen Tribüne der Partei herab auszusprechen. Der Düsseldorfer Parteitag war ein guter Anfang. Es tut immer etwas weh, von liebgewordenen Vorstellungen und bequemen Schlagworten Abschied nehmen zu müssen. Mancher einer glaubt, daß ihm gerade beim Verzicht auf die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel der ganze Sozialismus unter den Füßen entwindet.

Nun, Genossen, wer so denkt, dem muß man sagen, daß er zumindest die letzten zwanzig Jahre verschlafen hat. Auf Grund der in den letzten zwanzig Jahren gemachten Erfahrungen können wir sagen, daß eine Wirtschaft ohne Planung heute auf die Dauer nicht mehr denkbar ist. Wir haben aber auch zu unserem Schrecken erfahren, daß es verschiedene Arten der Planung gibt.

Wir haben die totalitäre Planwirtschaft kennengelernt, die nach den Erfahrungen im Nazideutschland und Sowjetrußland nur unter den schärfsten staatlichen Zwangsmaßnahmen durchführbar ist und von uns daher strikt abgelehnt wird. Wir haben andererseits die kapitalistische Planung von Roosevelts New Deal kennengelernt, die trotz großer Erfolge letzten Endes infolge des Widerstandes der Monopolkapitalisten nicht mehr weitergeführt werden konnte, und wir sind heute Zeugen einer sozialistischen Planung in England, die von jedem Sozialisten mit Spannung verfolgt wird. In den Vorstellungen unserer Gegner gibt es außerdem noch die Planwirtschaft der Nachkriegszeit, die in Wirklichkeit eine systemlose Zwangswirtschaft war und mit volkswirtschaftlicher Planung nichts zu tun hatte.

Was ist das Kennzeichen sozialistischer Planung? Sozialistische Planung ist Planung für das Volk durch das Volk. Planung für das Volk heißt, daß die Wirtschaft nicht mehr von privatwirtschaftlichem Profit und Rentabilitätsgesichtspunkten gesteuert wird, sondern daß die Steigerung des Wohlstandes der breiten Massen oberstes Wirtschaftsziel ist. Planung durch das Volk heißt, daß die grundlegenden Punkte dieser Wirtschaftsziele vom Volk selbst entschieden werden müssen. Manch einer wird fragen, ob das überhaupt möglich ist. Darauf ist folgendes zu erwidern: So wenig es in der Politik Aufgabe des Volkes ist, einzelne Gesetze auszuarbeiten, so wenig ist es selbstverständlich seine Aufgabe, einzelne Wirtschaftspläne auszuarbeiten.

Es kann aber sehr wohl darüber entscheiden, ob z. B. dem Wohnungsbau ein wichtiger Platz in unserer Wirtschaftspolitik eingeräumt werden soll oder nicht. Es ist Sache der Wissenschaftler und Techniker, die Durchführbarkeit eines Wohnungsbauprogramms klar herauszuarbeiten. Es ist aber letzten Endes eine politische Entscheidung, wieviel öffentliche Mittel in den Wohnungsbau hineingesteckt werden sollen. In solchen grundlegenden Fragen kann das Volk sehr wohl darüber entscheiden, ob es einem Anhänger oder einem Gegner des sozialen Wohnungsbaus seine Stimme geben will. Genau so ist es bei allen anderen Grundentscheidungen über die Verwendung des Sozialproduktes.

Es ist eine politische Entscheidung, wie hoch in einem volkswirtschaftlichen Gesamtplan der Anteil der Sozialleistungen sein soll, wie hoch z. B. die Aufwendungen für landwirtschaftliche Reformpläne oder für Elektrifizierung, für die Erziehungsaufgaben oder für die Verbesserung des Verkehrswesens sind.

In dieser freien Entscheidung über grundlegende Planungsziele beruht die Planung durch das Volk. Damit ist schon gesagt, daß die Planung nicht, wie es heute bei uns weitgehend der Fall ist, hinter verschlossenen Türen zwischen Bürokratie und Interessenten ausgehandelt werden darf. Der Wirtschaftsplan muß in seinen wesentlichen Zügen zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Das Parlament hat dazu Stellung zu nehmen und den Plan zu verabschieden, wie es heute den Haushaltsplan verabschiedet.

Wie haben wir uns einen solchen Plan vorzustellen? Wir müssen uns hier den grundlegenden Unterschied zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und sozialistischer Wirtschaftsplanung klarmachen. Er besteht darin, wie die großen Aufbaukräfte der Volkswirtschaft gesteuert werden.

In der kapitalistischen Marktwirtschaft geschieht dies nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Sie haben in der Weltwirtschaftskrise in welthistorischem Ausmaß versagt. Sie versagen heute bei uns, indem sie die knappen volkswirtschaftlichen Kräfte in völlig falsche Bahnen leiten. Demgegenüber werden im sozialistischen Wirtschaftssystem die volkswirtschaftlichen Kräfte nach den Interessen der Allgemeinheit gesteuert. Dazu bedarf es eines umfassenden Aufbauplanes.

Zweck dieses Planes ist es lediglich, die vorhandenen volkswirtschaftlichen Mittel in die volkswirtschaftlich erwünschten Bahnen zu lenken. Alles weitere wird der Wirtschaft selbst überlassen. Es handelt sich also nicht wie bei der totalen Planwirtschaft darum, bis tief in die Einzelheiten hinein alles festlegen zu wollen, sondern darum, gewissermaßen nur die Richtung des Wirtschaftskurses anzugeben. Im Wirtschaftsplan ist daher vor allem vorzusehen, welcher Teil des Sozialproduktes verbraucht werden kann und welcher Teil für den Wirtschaftsaufbau, also für die sogenannten Investitionen, gespart werden soll. Diese Entscheidung ist von ausschlaggebender Bedeutung vor allem für die Höhe der Steuern und daher für jeden Staatsbürger von höchstem Interesse. Sie läuft darauf hinaus, ob die Steuern erhöht oder gesenkt werden sollen und wer die Steuern zahlen soll.

Die nächste Entscheidung ist dann, was der volkswirtschaftliche Aufbauplan alles umfassen soll, also z. B., wieviel wie schon gesagt für den sozialen Wohnungsbau, für den Aufbau von Flüchtlingsindustrien, für die Modernisierung der Landwirtschaft, für den Ausbau der Bergwerke, der Elektrizitätswirtschaft, des Verkehrsapparates usw. ausgegeben werden soll.

Wir sehen, daß moderne Planung umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten zur Voraussetzung hat, daß die Parteien zu einer ganz anderen Arbeitstechnik kommen müssen als bisher.

An die Stelle des schlagwortlüsternen Parteimannes tritt der Wissenschaftler. Spezialisten wachsen in ihrer Bedeutung. Ein erster Versuch dieser modernen Art zu arbeiten, ist, das Wohnbauprogramm der SPD, das nicht bloß eine politische Forderung erhebt, sondern in wissenschaftlich einwandfreier Form nachweist, daß die Erfüllung dieser Forderung wirtschaftlich und finanziell möglich ist, wenn nur der politische Wille dafür vorhanden ist. Die Mitarbeiter sind Genossen und Nichtgenossen. Es geht nicht um Politik, sondern um Kohle und Eisen für den Wohnungsbau. Erst wenn die Arbeit der Fachleute fertig ist, kann der Politiker zu Worte kommen.

Andererseits kümmert sich die moderne Planung grundsätzlich nur um die entscheidenden Kraftlinien der Volkswirtschaft, d. h. um die Durchführung der großen Investitionsaufgaben, von deren reibungslosem Verlauf die Beherrschung des gesamten Wirtschaftsaufbaus abhängt. Durch die Steuerung der Investitionen und durch die damit zusammenhängenden staatlichen Aufbaumaßnahmen können wir die Vollbeschäftigung garantieren. Wir sind Herren unseres Wirtschaftschicksals geworden, wir sind nicht mehr dem Auf und Ab der Wirtschaftskrisen ausgeliefert, und die Tatsache, daß die gesamte Volkswirtschaft dauernd auf hohen Touren läuft, daß wir uns nicht mehr wie 1929 den Luxus leisten, Millionen von Menschen feiern zu lassen, ist auch die Voraussetzung für eine fortschreitende Steigerung des Wohlstandes der breiten Masse.

Wo bleibt aber nun die Marktwirtschaft? In Zahlen ausgedrückt bedeutet unser System der Wirtschaftsplanung, daß etwa 15 bis 20 % des Volkseinkommens von der staatlichen Planung gesteuert werden, während alles übrige der innerhalb gewisser Grenzen freien Marktwirtschaft überlassen bleibt. Im Gegensatz zum kapitalistischen Wirtschaftssystem hat aber der Markt mit seinem Gesetz von Angebot und Nachfrage jetzt seine beherrschende Stellung verloren, denn er ist als Steuermann des gesamten volkswirtschaftlichen Aufbaues abgesetzt und darf nur noch den laufenden Verbrauch steuern. Das macht der Markt im allgemeinen ausgezeichnet. Allerdings muß er sich auch hierbei einige Zügel anlegen lassen, darf sich aber doch innerhalb eines bestimmten Rahmens frei bewegen. Wir nennen das gelenkte Marktwirtschaft. Wir wollen die freie Preisbildung dabei nicht abschaffen, denn sie allein zeigt uns, ob unsere allgemeinen

Wirtschaftsmaßnahmen richtig sind. Das bekannteste Beispiel dafür, wie das gemacht werden kann, ist das von den Gewerkschaften verlangte, in England längst erprobte und nach dem Fehlschlag seiner Preisprognosen von Wirtschaftsminister Dr. Erhard in zunehmendem Maße übernommene Jedermann-Programm, mit welchem Professor Erhard von der freien Marktwirtschaft abgebrückt ist. Durch bevorzugte Lieferung von Rohstoffen und anderen Maßnahmen wird erreicht, daß die Preise der Waren des Jedermann-Programms eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Andere Maßnahmen sind insbesondere scharfe Luxussteuern, um unerwünschten Verbrauch zu drosseln und die Rohstoffe in sozial erwünschte Bahnen zu lenken. Hinzu kommen bestimmte Lenkungsmaßnahmen zur Steuerung des Exports insbesondere durch Rohstoff- und Kreditlenkung in exportwichtige Industrien, durch Drosselung volkswirtschaftlich unerwünschter Einfuhr mittels Verbrauchssteuern, z. B. Steuern auf Kaffee, Tee, Tabak usw. und ähnliche Maßnahmen.

Die Hauptfrage der Wirtschaftslenkung besteht wie bereits angedeutet darin, den Markt zu beobachten und einzugreifen, wenn es not tut. Je weniger Mangelerscheinungen in der Volkswirtschaft herrschen, desto weniger besteht Veranlassung, in den Wirtschaftsablauf einzugreifen.

Es läßt sich nunmehr auch zeigen, worin der Unterschied zwischen der von uns geforderten gelenkten Marktwirtschaft und der Wirtschaftspolitik von Professor Erhard besteht. Im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist jede Lenkungsmaßnahme grundsätzlich ein Fremdkörper, der, wie wir seit der Währungsreform ja in geradezu klassischer Weise erlebt haben, nur mit Widerwillen aufgegriffen wird.

In ein sozialistisches Wirtschaftssystem dagegen fügen sich solche Maßnahmen elastisch und organisch ein. Denn zum Wesen sozialistischer Wirtschaftsplanung gehört, daß der Markt nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern ständig beobachtet und nach Bedarf reguliert wird, sobald die Preistemperatur eine bestimmte Grenze überschreitet. Der Marktmechanismus wird aber nur noch dazu benützt, um den Gütertausch zu steuern.

Gelenkte Marktwirtschaft und sozialistische Wirtschaftsplanung gehören also eng zusammen. Solange dieser Sachverhalt nicht erkannt wird, werden alle Eingriffe in die Marktwirtschaft immer nur ein mehr oder weniger planloses Herumkurieren an Symptomen sein. Das Grundübel der Fehlleitung und ziellosen Vergeudung von Milliarden unseres Volkseinkommens bleibt dabei unangetastet. Sozialistische Wirtschaftsplanung ist daher erst der entscheidende Schritt zur bewußten Meisterung unseres Wirtschaftschicksals.

An dieser Stelle unserer Überlegungen dürfen wir nochmals den genialen Weitblick von Marx und Engels bewundern. Sozialistische Wirtschaftsplanung erfordert einen Aufbauplan und staatliche Kreditlenkung zu seiner Durchführung. Diese beiden Maßnahmen sind schon im: Kommunistischen Manifest unter Ziffer 5 und 7 der revolutionären Maßnahmen des zweiten Teiles gefordert worden, zwar mit etwas anderen Worten, aber genau in dem von uns entwickelten Sinne

Die sozialistische Bewegung hat schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Sie ist heute dabei, ihre geistige Erstarrung abzustreifen, veraltete Dogmen beiseite zu lassen und sich auf die Kraft der sozialistischen Idee zu besinnen. Diese Idee der Freiheit, des Rechts und der Menschenwürde hat heute noch die gleiche Leuchtkraft wie vor hundert Jahren und wird uns zum Siege führen.

★

Auf der Konferenz der Kreis-, Abteilungsvorstände und Betriebsgruppenleiter am 11. März 1949 sprach dann unser stellvertretender Vorsitzender Kurt Mattick. Aus seinem Referat „Beitrag zu einem sozialdemokratischen Programm sei wiedergegeben:

Betrachtet man einmal die Parteiprogramme, die seit dem Bestehen der Sozialdemokratischen Partei der Öffentlichkeit übergeben wurden, so gehen sie vielfach mit Ausnahme des Heidelberger Programms in der Regel davon aus, der Partei eine zukunftsweisende, mehr oder weniger ideelle Aufgabe zu vermitteln und dafür gewisse Grundprinzipien aufzustellen. Mag das Erfurter Programm noch ein Wissensbestandeil fast jedes sozialdemokratischen Funktionärs gewesen sein, so war, glaube ich, das Heidelberger Programm in seinem Umfang sowie auch in seiner überspitzten wissenschaftlichen Formulierung mit dem etwas verkrampten Versuch, nicht reformistisch zu scheinen und sich doch etwas der Gegenwartsaufgabe anzupassen, nicht mehr in der Lage, fundierter Arbeitsbestandeil der sozialdemokratischen Funktionäre zu sein. Während die Sozialdemokraten vor 1914, besonders unter Führung von August Bebel, trotz aller Wählerfolge, die zeitweilig zu, verzeichnen waren, immer eine nur werbende, kämpfende Oppositionsgruppe in der Gesellschaft waren, begann sich nach dem ersten Weltkrieg die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei in der Gesellschaft aufzuspalten. Die werbende Tätigkeit mußte beibehalten werden, während auf der anderen Seite auch allgemein verantwortliche politische und wirtschaftliche Tätigkeit in der Öffentlichkeit notwendig wurde. Es zeigte sich nach diesem ersten Weltkrieg, daß erst einmal eine große Differenz zwischen der Theorie des Marxismus, besser gesagt, des damals so genannten Marxismus, der zu dieser Zeit im wesentlichen noch dogmatisch, d. h. unverändert oder der Situation nicht angepaßt gelehrt wurde, und der Praxis des 20. Jahrhunderts bestand. War es schon nicht möglich, daß sich unsere mittleren Funktionäre in diesem Dilemma bei ihrer praktischen Tätigkeit in Verwaltung und Wirtschaft zurechtfinden, dann kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß es gelungen ist, darüber hinaus den Anhängern der Sozialdemokratie oder gar breiteren Gesellschaftskreisen ein praktisch verwendbares sozialistisches Gedankengut zu vermitteln. Während die Sozialdemokratische Partei als Regierungspartei in Koalitionen und im Kommunalen oftmals die Verantwortung der praktischen Politik übernehmen mußte, war es nicht möglich, durch ein allgemein verständliches Programm breite Schichten in der Gesellschaft mobil zu machen. Die Auseinandersetzung über Form und Art praktischer sozialistischer Wirtschaftspolitik begann eigentlich erst zu der Zeit, unter den verantwortlichen Theoretikern der sozialistischen Bewegung, als man sie bereits anwenden sollte. So verließ die wirkliche Tätigkeit der Partei bei der Erfüllung von Tagesaufgaben, die zwar auch wichtig waren und bei denen der soziale Charakter der Sozialdemokraten einen ausschlaggebend günstigen Beitrag geleistet hat. Aber zum Beispiel der Schrei nach Sozialisierung fand überhaupt keinen Niederschlag in der damaligen Realpolitik. ...

Wir sollten aus diesen Erfahrungen eine entscheidende Lehre ziehen. Das kommende Programm der Sozialdemokratischen Partei muß für die Gesellschaftsschichten, um die wir ringen, allgemein verständliche, praktisch anwendbare Forderungen und Richtlinien aufweisen und muß den Funktionären der Partei ein Handbuch praktischer sozialistischer Arbeit sein. Gelingt es uns nicht ein solches Programm zu formulieren, dann wird es eine Sache der Gelehrten bleiben.

Wir sollten erkennen, daß es ein ausgemachter Blödsinn ist, uns zur Zeit mit dem Kommunismus herumzustreiten, wer der wirkliche oder wer der bessere Marxist ist. Genau so wenig ist es wichtig, daß alle diejenigen, die sich mit uns gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse einsetzen, sich zum Marxismus bekennen. Das bedeutet kein Verleugnen oder Ablehnen und kein Vergessen von Marx. Ich glaube, wenn es uns in den letzten zwanzig Jahren möglich war, und das war uns möglich, im großen Rahmen die politische Entwicklung richtig einzuschätzen, so verdanken wir das unserer marxistischen Methode, die Kräfte und Entwicklungstendenzen der Gesellschaft richtig zu erkennen. Allein die letzten hundert Jahre haben so viele neue Erscheinungen gezeigt, die sich nicht mit Aussprüchen oder Darstellungen von Marx allein begründen lassen. Wir müssen uns bemühen, eine eigene Vorstellung von der Welt zu gewinnen. Wenn hierbei Marx überhaupt genannt wird, so vor allen Dingen von der einen Frage aus: wie würde Karl Marx, wenn er heute lebte, die gesellschaftliche Situation analysieren, und welche Schlußfolgerungen würde Marx für die Tätigkeit einer sozialistischen Organisation oder Bewegung heute ziehen?

Aber kommt es denn schließlich darauf an, mit den Kräften der Gesellschaft, mit denen und um die wir ringen, ständig darüber zu streiten, ob das, was wir sehen und denken, noch marxistisch ist? Kommt es nicht vielmehr darauf an, in uns das Bewußtsein zu haben, durch die uns überreignete Methode des Denkens eine vernünftige und eine brauchbare Analyse und eine brauchbare Schlußfolgerung ziehen zu können? ...

Kommen wir doch zu der Erkenntnis, daß es nicht mehr darauf ankommt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Öffentlichkeit nach der marxistischen Analyse zu beweisen, sondern darauf, da wir in uns die Kräfte entfalten können, um den Umbau der Gesellschaft vorzunehmen, wie wir uns heute eine sozialistische Ordnung vorstellen. Wir haben uns heute die Frage vorzulegen: reagiert die heutige Gesellschaft auf die Forderung: Expropriation der Expropriateure, oder wird es uns leichter sein, unter den Parolen Freiheit und Recht, soziale Gerechtigkeit, gleiches Recht auf Bildung, Wohlstand und soziale Sicherheit und Frieden die Menschen zu erfassen? Und ich glaube, wir alle kommen zu der Feststellung, der zweite Weg ist in der heutigen Situation überhaupt der einzig mögliche. Ich glaube, das gleiche gilt für die Frage des Klassenkampfes. Für uns besteht doch heute kein Zweifel, daß der Klassenkampf keine Erfindung von Marx ist, sondern eine gesellschaftliche Realität. Darüber zu streiten ist müßig, aber eins sollten wir heute erkennen: breite Schichten der Gesellschaft interessieren sich dafür, wie sie leben. In der Periode der Werbung und der Opposition kam es einzig und allein darauf an, bewußte Klassenkämpfer zu erziehen. In der Periode der Verwirklichung kommt es darauf an, alle Schichten der Gesellschaft zu erfassen, die bereit sind, zu uns zu kommen, um den Gesellschaftsumbau zu unterstützen, und nicht bei ihnen zur Voraussetzung zu machen, daß sie bewußte Klassenkämpfer in unseren Reihen werden.

Wir wissen heute auch, daß die Verelendungstheorie sowie auch die Verschärfung und Vereinfachung der Klassengegensätze sich nicht in der Form entwickelt haben, wie es vor hundert Jahren aussahen. Noch heute sind mehr als 50 % der Bevölkerung nicht als einfache Lohnempfänger zu bezeichnen. Wider Erwarten ist das Gesellschaftsbild trotz Monopolisierung, trotz Konzentration des Kapitals im Grunde genommen ein vielfältiges Mosaik geblieben. Die Mittelschichten sind zwar verarmt, aber sie sind nicht so, wie es in der Vorstellung war, proletarianisiert. Es wäre völlig falsch, heute die Vorstellung anzuwenden,

daß wir eine sichtbare, klar geteilte Gesellschaft haben: hier Kapitalismus und Kapitalisten, dort die große, breite Masse der verallgemeinerten Lohnempfänger, die einen 10 %, die anderen 90 %. Wir sehen also, daß die Parole vom bewußten Klassenkampf in dieser harten Vorstellung eine Illusion war. Oder wenn ich mir die Frage erlauben darf: in welche Klasse gruppiert man denn, wenn wir mit der Gesellschaft sprechen, nicht wenn wir es hochmarxistisch analysieren, den Chefredakteur einer Zeitung, vielleicht sogar einer sozialistischen Zeitung, der im Monat 1800 Mark verdient und halbjährliche Kündigung hat? Ich bitte, sich diese Frage einmal zu überlegen, um immerhin zu erkennen, daß diese Formulierungen und überspitzten Auseinandersetzungen in der heutigen Situation in Wirklichkeit neben der gesellschaftlichen Situation liegen. Denn wir wissen heute auch, daß die Versklavung der Arbeitnehmerschaft in der kapitalistischen Gesellschaft weitgehend aufgelockert ist, als es damals schien. Ich glaube, wenn wir einen Blick über die Grenzen von Berlin werfen, wissen wir, daß die Versklavung der Arbeitnehmerschaft keinesfalls, ich will nicht sagen überhaupt, aber nur eine Angelegenheit des Privateigentums ist, sondern wir wissen doch heute, daß die Versklavung des Arbeitnehmers, oder besser gesagt, die Versklavung von 90 % der Gesellschaft einzig und allein davon abhängt, ob politische Freiheit oder Unfreiheit besteht, und daß die Frage gar nicht abhängig ist von Privateigentum oder irgendeiner anderen Gesellschaftsordnung, die wir heute mannigfaltig feststellen können.

— Hennecke, ja, ein guter Zufall. — Wenn ich hier noch einen Moment verweilen darf, ich möchte es mir ersparen, diese Auseinandersetzung mit dem Osten zu führen. Wir suchen Wege nach vorn. Dabei brauchen wir den Weg nach hinten nur zur fortschrittlichen Orientierung. Aber niemand wird doch behaupten, daß die Arbeiterschaft Englands und die Arbeiterschaft Amerikas einer größeren Versklavung unterliegt als die Arbeiterschaft östlich der Elbe.

Wir werden uns von mancher lieb gewordenen Gewohnheitsvorstellung freimachen müssen, wenn wir uns selbst in die Lage versetzen wollen, unserem Ziel, dem Sozialismus, auch nur ein kleines Stückchen näherzukommen. Aus der Vielfalt der Gesellschaft erkennen wir, daß die Basis einer sozialistischen Entwicklung gleichbedeutend ist mit einer freien demokratischen Gesellschaft. Notwendig ist eine Verbreiterung unserer gesellschaftlichen, unserer demokratischen Kräfte in Gesellschaftsschichten, die ohne weiteres bereit sind, heute aus den verschiedensten Gründen mit uns einen gemeinsamen Weg zu gehen, ohne daß sie überhaupt begreifen, sich damit zum Klassenkampf oder zum Marxismus zu bekennen. Wir benötigen heute neben dem politischen Kämpfer, der zur Zeit August Babels die einzige wichtige Voraussetzung des Oppositionskampfes war, den Techniker, der aus irgendeinem wenig wissenschaftlich begründeten Gefühl auf der Seite der Sozialdemokratie stehen kann, wenn er unser wirkliches Wollen begreift. Wir benötigen heute auch für unsere Tätigkeit den Wissenschaftler, der unter Umständen nach außen hin erklärt, er will mit der ganzen Politik nichts zu tun haben, aber er wird sich dieser Gruppe der Gesellschaft zur Verfügung stellen, die nach seiner Meinung am fortschrittlichsten die Interessen der Allgemeinheit wahrnimmt. Sollten wir diesen Männern und Frauen die Frage vorlegen: Bekennst du dich zum Sozialismus, bist du Klassenkämpfer? bevor wir den Versuch machen, sie in unsere Bewegung aufzunehmen und mit heranzuziehen zu unserer Arbeit? ...

Es gibt eine Voraussetzung, um die soziale Freiheit in der Gesellschaft zu entwickeln. Das ist ein Kulturprogramm; auch die erste Grundlage eines solchen Kulturprogramms ist Erziehung und Bildung des Einzelnen, die jeden Menschen,

der in Deutschland lebt, in seiner Ausbildung völlig unabhängig macht von seiner sozialen Situation. Sicher wird es dabei noch einen Einwand geben, und es wird mir nachher einer in der Debatte sagen: aber einen Unterschied gibt es noch, der eine lebt in einer Stube mit fünf Kindern und muß da seine Schularbeiten machen, und der andere lebt als Einzelkind in einem Einzelzimmer für sich selbst. Den Unterschied sehe ich. Ihn zu überwinden ist eine Aufgabe der sozialen Tätigkeit, der wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft. Aber sonst können wir hier Voraussetzungen schaffen, wenn wir das, was wir in unserem Schulgesetz verankert haben, weitgehend in Deutschland wirklich in der Praxis durchführen. Das heißt, daß jeder einzelne Mensch, der in Deutschland lebt, ohne jede Rücksicht auf die soziale Stellung seines Elternhauses die Ausbildung in Schule und Beruf genießen kann, die seiner Veranlagung und seiner persönlichen Intelligenz entspricht, und daß der Staat oder die Gesellschaft die Aufgabe hat, alle Voraussetzungen in diesem Prozeß der Bildung des einzelnen zu schaffen, daß wirklich auch für jeden einzelnen diese Entwicklung des Intellekts möglich wird. Das muß auch sein, damit hier nicht wieder ein Erbrecht entwickelt wird. Die Aufgabe ist hier, Formen der Bildung, der Schule und der Ausbildung zu schaffen, die die immer wiederkehrende Erneuerung der Intelligenz von Generation zu Generation ermöglichen.

Wenn ich mir hierbei eine Bemerkung erlauben darf, die vielleicht dazu gehört: Wir dürfen auch dann nicht die Schulgeldpflicht wieder einführen, wenn wir die Empfindung haben, daß jetzt genügend Sozialdemokraten in der vorderen Linie der Intelligenz liegen und daß genügend Sozialdemokraten das soziale Fundament haben und die anderen Gesellschaftsschichten etwas zurückstehen.

Für alle diese Dinge, die wir machen wollen, gibt es eine Voraussetzung, die auch in dem Vordergrund der Betrachtungen stehen muß. Wenn diese freie Entfaltung, diese freie geistige Entfaltung der einzelnen Menschen möglich sein soll, dann ist die Voraussetzung die wirkliche politische Demokratie. Ich weiß, daß die soziale Demokratie davon nicht getrennt werden kann. Aber die politische Freiheit, die politische Demokratie ist die Voraussetzung, um die soziale Demokratie zu sichern.

Die politische Demokratie ist meiner Ansicht nach die einzige Voraussetzung, die den ständigen Kampf um den Fortschritt sichert. Wir verstehen darunter die Freiheit des einzelnen, eine eigene Meinung zu haben und sie auch aussprechen zu können. Auch dann, wenn sie anders als die gerade übliche ist. Wir verstehen darunter Toleranz gegenüber allen demokratischen Auffassungen.

Wir sollten uns darüber im klaren sein: es gibt kein Endziel des Sozialismus. Daher muß auch in einer Epoche, in der wir glauben, unser Ziel erreicht zu haben, die Gesellschaft in der Lage sein, mit kritischen Argumenten wiederum darüber hinausreichende fortschrittliche Gedanken zu entwickeln. Das ist eine sehr wichtige Forderung, die wir als Sozialdemokraten herauszustellen haben. Uns wird heute oft von der bürgerlichen Seite der Vorwurf gemacht, wir würden in dem Augenblick, wo wir die Mehrheit haben, diese bedingungslos anwenden, um die Minderheit zu vergewaltigen und für immer in ihrer Freiheit zu annullieren. Wir wollen ausdrücklich darauf hinweisen, daß ein richtiger Sozialdemokrat die Minderheit pflegen müßte, wenn sie aus der Gesellschaft zu verschwinden droht. Denn nur wenn dieser ständige Reibungsprozeß in der Gesellschaft aufrechterhalten bleibt, bleibt unserer Überzeugung nach die Möglichkeit, immer zu prüfen, ob wir uns noch auf dem richtigen Wege befinden, und ob unsere Tätigkeit denn noch eine Tätigkeit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschrittes ist.

Die zweite Voraussetzung einer solchen sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie entwickeln wollen, ist die soziale Demokratie. Die soziale Demokratie ist die Voraussetzung der gleichen Chance für alle und des gleichen Anspruchs auf Lebensrecht und Wohlstand. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung sowie die totalitäre Ordnung haben uns gezeigt, daß sie diese Garantien ausschließen, garantieren oder auch sichern — ich sprach vorher von England und Amerika. — Nur wo soziale Sicherheit herrscht, herrscht auch soziale Freiheit und in diesem Sinne soziale Demokratie. Und darum ist unser Kampf als Sozialdemokraten für eine Ordnung, für eine Wirtschaftsordnung in der Gesellschaft, die auch diese sozialen Sicherheiten schafft, um die soziale Demokratie zu sichern.

Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen eines allumfassenden totalitären Staates sowie auch in den Händen machtentfaltender Kapitalisten schließt eben die soziale Gerechtigkeit aus. Wir fordern daher als Sozialdemokraten Sozialisierung der Rohstoffindustrien, wir fordern Vergesellschaftung monopolistischer Betriebe, die Schaffung von Genossenschaften unter Angliederung einer wirtschaftsdemokratischen Selbstverwaltung zur Aufrechterhaltung einer gegenseitigen gesunden Konkurrenz und zur Aufrechterhaltung des notwendigen gegenseitigen Reibungsprozesses, zur Sicherung eines ökonomischen Fortschritts. Das heißt, bei uns spukt heute, glaube ich, nicht mehr der Gedanke der Vollsozialisierung. Gemeinnützige Unternehmungen neben Genossenschaften, neben privatwirtschaftlichen Unternehmungen erhalten allein einen lebendigen Wirtschaftskörper. Das ist die Bewegung zum Fortschritt. Die Erfahrungen haben uns auch gelehrt, daß ein gesunder Mittelstand auch in einer solchen Gesellschaft ein notwendiger Bestandteil bleiben wird. Aber, dieses Nebeneinander verschiedenster Formen der Produktion und der Arbeit würde nicht in der Lage sein, Krisen auszuschalten, wenn nicht über allem eine lenkende Hand dafür Sorge tragen würde, daß Arbeitsintensität, Rohstoffbeschaffung, Absatzmöglichkeiten und eine wirkliche Bedarfsdeckung aller Gesellschaftsteile eine ständige Vollbeschäftigung sichern kann. In unserer Berliner Verfassung und in allen Verfassungen, die zur Zeit gebaut werden, existiert der Paragraph, der jedem Bürger das Recht auf Arbeit zusichert. Aber wenn wir jedem Bürger das Recht auf Arbeit zusichern, dann ist damit die Gesamtgesellschaft verpflichtet, diesen Arbeitsplatz zu sichern. Daher muß unter Aufrechterhaltung der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl und einer gesunden Konkurrenz der Betriebe untereinander trotzdem der demokratische Staat die planenden Voraussetzungen schaffen, die die Sicherheit des wirtschaftlichen Lebens der Gesellschaft erhalten. Dazu gehört für unsere Begriffe die Lenkung der Rohstoffe auf die volkswirtschaftlich notwendigen Gebiete. Dazu gehört ein sozialer Wohnungsbau. Dazu gehört eine Preisgestaltung der Verbrauchsgüterindustrie. Dazu gehört u. s., was oftmals nicht gesehen wird, eine Modernisierung der allgemeinen Hauswirtschaft für alle Teile der Gesellschaft unter zumindest zeitweiliger Hintansetzung von Luxusproduktion, die nur für einen Teil der Gesellschaft zugänglich ist. Und dazu gehört ein mannigfaltiger Katalog von Aufgaben, die heute der privatkapitalistische Unternehmer für die Gesellschaft nicht mehr sichern kann. ...

Was wir hier fordern, ist ja gar nicht so neu, wenn wir es der Gesellschaft richtig klar machen. Alle Menschen haben sich daran gewöhnt, daß Post- und Telegraphenwesen, Eisenbahn, Gas, Elektrizität und manches andere, vor allen Dingen der Verkehr, in weitem Umfange eine Angelegenheit der Gesamtgesellschaft ist und nicht mehr eine Angelegenheit einzelner Unternehmer. Und ich glaube, die Gesellschaft wird sich, wenn sie diese Beispiele sieht, auch daran gewöhnen, daß die Rohstoffindustrie, Eisen, Kohle, Wasserkraft und was alles

dazu gehört, eine Angelegenheit der Gesamtgesellschaft sein muß und nicht mehr eine Angelegenheit von einzelnen Gruppen in der Gesellschaft.

Das bedeutet nicht, daß wir den Markt völlig beseitigen wollen. Aber der Markt wird nicht mehr das entscheidende Element in der Wirtschaft sein und damit des Krisen-Auf und -Nieder zu einem ewigen Bestandteil des wirtschaftlichen Entwicklung machen. Der Markt wird bestehen bleiben für die selbstverständliche Auswahl, die dem Konsumenten bei seinem Kauf überlassen bleiben muß, und er wird auch bestehen bleiben für den ständigen Wettbewerb der verschiedenen Industrien, damit der Produktionsprozeß nicht erstarren kann. Nur, der Markt kann allein nicht mehr entscheidend sein für Wirtschaftsaufbau und Investitionen. Das kann in Zukunft nur noch eine Angelegenheit der Gesamtgesellschaft sein. Die Richtung des Wirtschaftskurses muß die Gesamtgesellschaft angeben, wobei die Interessen der Allgemeinheit die Grundlage für jede Tätigkeit abgeben müssen. ...

Dazu gehört auch eine besondere Betreuung der jungen Generation. Denn ich habe vorhin festgestellt, daß bei allen gleichen Entwicklungsmöglichkeiten in Schule und Beruf die soziale Grundlage des Elternhauses doch noch eine entscheidende Rolle spielt. Der jungen Generation hier Möglichkeiten zu bieten, durch die soziale Tätigkeit des Staates oder der Gesellschaft sich aus dieser Belastung durch das Elternhaus zu befreien, das ist eine Aufgabe der nächsten Zeit, die hoffentlich mal durch die soziale Entwicklung der Gesamtgesellschaft überwunden wird.

Wenn somit auch der Markt seine wirtschaftsbeherrschende Stellung verliert, bleibt er doch die Auswahlgrundlage für den Konsumenten und die Auswahlgrundlage auch für den Produzenten der verschiedensten Zweige. So gehören also in unserer Vorstellung der kommenden sozialistischen Ordnung Marktwirtschaft und sozialistischer Wirtschaftsplan zusammen und geben die Basis ab für eine demokratisch-sozialistische Wirtschaftsentwicklung.

In einer solchen Entwicklung wird die Stellung des Lohnarbeiters in der Gesellschaft mit seiner heutigen nicht mehr zu vergleichen sein. Es darf in einem solchen Staat, in einer solchen Wirtschaft keine Reichlohnskala geben, sondern auch hier muß der Wettbewerb aufrechterhalten bleiben. Daher gehört auch in diese Ordnung ein fortschrittliches Betriebsrätegesetz, das die gegenseitigen Interessen wahrzunehmen gewährleistet. ...

Es wird auch bei einer solchen Entwicklung noch manches Auf und Nieder geben. Wir haben heute noch keine Endvorstellungen von dem Zusammenwirken dieser Kräfte, und wir sollten uns über eins im klaren sein in dieser Situation: daß auch mitten in dieser Aufgabe eine ständige Bewegung und Veränderung unserer Vorstellungen möglich ist, und daß wir nicht festhalten an irgendeiner dogmatischen Feststellung, die wir uns heute bauen, sondern auch dieses Zusammenwirken in der Gesellschaft, die wir bauen wollen, ist ein ständiger Prozeß, ist ständige Veränderungen unterlegen, und jeder, der sich einbildet, heute schon einen festen Stil dafür in der Hand zu haben, wie so etwas immer aussehen muß, der sollte gar nicht erst beginnen zu glauben, daß er eine sozialistische Gesellschaftsordnung bauen kann.

Wohin wir heute sehen, befindet sich die Welt in Bewegung, und selbst dort, wo es so scheint, als wenn eine Erstarrung eingetreten ist, wird der Prozeß der gesellschaftlichen Bewegung mit anderen Mitteln weitergeführt. Die Unruhe der eigenen Situation überträgt sich heute mehr auf die Außenwelt, weil sie sich

nach innen auswirken kann. Täuschen wir uns nicht! Wir wissen, daß es für die Schaffung einer modernen Industrie, ob im Jahre 1850 oder 1950, und auch einer modernen Industriearbeiterschaft, die beide dann in der Lage sind, eine neue Gesellschaft zu formen, Möglichkeiten über eine Evolution gibt. Aber da, wo das durch die Erstarrung der politischen Kräfte in einem totalitären System nicht möglich ist —, das hat uns ja gut Marx gelehrt —, können die Dinge mal in einen revolutionären Akt umschagen.

Wenn wir den Blick westlich von Berlin nach Europa und nach Amerika wenden, denn sehen wir, daß in allen Ländern, in denen die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch die Grundlage abgibt, eine ungeheure Bewegung vor sich geht. Diese Bewegung haben wir zu beobachten, und wir haben Anschluß an diese Bewegungen der westlichen Welt zu finden. Wir wissen, daß Karl Marx, als er vor hundert Jahren seine Inaugural-Adresse schrieb, glaubte, daß in England im Jahre 1850 die geeignetsten ökonomischen Voraussetzungen für eine revolutionäre Erhebung der Gesellschaft vorhanden waren. England hat sich nicht erhoben, so wie wir es uns einmal unter revolutionärer Entwicklung vorgestellt haben. Aber niemand kann bestreiten, daß die englische Arbeiterbewegung der englischen Bourgeoisie Schritt für Schritt eine Freiheit abgerungen hat, die heute ein völlig neues Bild der englischen Situation zeigt. ...

Bekanntlich behauptet ja der Leninismus, daß die kapitalistische Gesellschaft, solange sie die Produktionsmittel in der Hand hat, in der Lage ist und die Lage immer ausnutzt, um eine demokratisch-sozialistische Entwicklung auszuschalten, und daß daher der revolutionäre Sturz der kapitalistischen Gesellschaft die einzige Möglichkeit zur Überwindung des Kapitalismus ist. Bewiesen wird das mit der Tatsache, daß diese kapitalistische Gesellschaft dort, wo sie die Produktionsmittel besitzt, auch alle anderen Machtpositionen in der Hand hat, u. a. Presse, Rundfunk, Erziehung usw. Damit werde überhaupt der kommunistischen oder sozialistischen Bewegung alle Möglichkeit genommen, während der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft größere Teile der Gesellschaft für ihre Ideen zu gewinnen, weil der Gegenpropaganda-Apparat alles andere überschwemmt. Nun, auch diese leninistische Theorie dürfte in der letzten Zeit durch einige Beispiele überholt sein. Um mit Berlin anzufangen, wo am 20. Oktober 1946 alle Propagandamittel und alle Machtpositionen in der Hand der einen einzigen Gruppe waren, wurde die Wahl trotzdem zu einer Niederlage dieser Gruppe. ...

Wir alle wissen, daß 75 % der Presse, des Rundfunks und der größten Konzerne während des ganzen amerikanischen Präsidentschafts-Wahlkampfes im Dienste von Dewey gestanden haben. Und das Wahlergebnis? Truman wurde gewählt.

Ich möchte sagen, diese leninistische Theorie ist widerlegt, und ich glaube, sie ist in England auch noch in anderer Beziehung widerlegt. Daß die englische Arbeiterpartei im Jahre 1945 einen Wahlsieg errungen hat, war die Widerlegung vom Propaganda-Apparat. Aber daß Churchill, der in dieser Situation die ganze Macht hatte, abgetreten ist, in die Opposition gegangen ist und der englischen Arbeiterpartei die Regierung überlassen hat, das widerlegt die zweite leninistische Theorie.

Nach unseren Erfahrungen mit dem Totalitarismus aller Prägungen kann es für uns nur den demokratischen Weg geben. Ein zweites ist hierbei entscheidend. Wenn wir die letzten Ereignisse in Ruhe betrachten und wenn wir überlegen, wie es zu der heutigen Kriegsspsychose in der Welt gekommen ist, dann erkennen wir: die Kriegsspsychose ist einzig und allein ein notwendiger Bestandteil eines



totalitären Regimes oder eines Regimes mit Krisenerscheinungen. Die Krisenerscheinungen muß man mit Kriegsspsychose überwinden, und der Totalitarismus braucht die Kriegsspsychose dauernd: in inneren Abwehr. Das beweist doch die heutige Situation in der Welt.

Wir haben nicht mehr ein Klassenziel im engen Sinne zu erfüllen. Die Kriege haben uns gezeigt, daß wir ein Menschheitsziel zu erfüllen haben. Wir haben in unserer Tätigkeit dieses Menschheitsziel vor Augen zu haben bei jedem Schritt, den wir gehen, und bei allem, was wir in diesen ersten, bitteren Zeiten tun. Eine Übersicht über die Verhältnisse zeigt uns: Überall in der Gesellschaft gibt es Ansätze für eine fortschrittliche Entwicklung. Wir gewinnen sie, wenn wir ihnen sagen können, was wir wollen. Und das ist die Aufgabe, die bei der Programmdebatte vor uns steht.

Die Diskussion war außerordentlich rege. Wir bringen aus ihr einige Auszüge, die uns charakteristisch erscheinen, ohne daß wir damit eine Bewertung der gebrachten oder der fortgelassenen Diskussionsbeiträge ausdrücken wollen.

Wilhelm Richter Wilmersdorf: Als wir Alten in die Partei eintraten, haben wir es uns niemals träumen lassen, daß wir es erleben würden, daß die Freiheit, die wir brauchen zum Leben und zum Wirken für unsere Ideen, uns von kapitalistischen Mächten garantiert werden müßte, während die sogenannten sozialistischen Mächte bestrebt sind, jeden wegzufangen, der eben eine freiheitliche Meinung äußert, wenn sie ihn kriegen. Darum ist das, was sich um diesen Kampf um die Freiheit dreht, in allererster Linie im Programm zu verankern, weil es die Grundlage für unser Wirken und für eine bessere Zukunft ist.

Heinz Albrecht: Wenn die politische Demokratie nicht getragen ist und die politischen Parteien nicht getragen sind von einer aktiven Kritik an den Einrichtungen, auch denen, die man selbst bejaht, und wenn eine politische Partei, die ein bestimmtes gesellschaftliches Ziel vor Augen hat, dieses Ziel zugunsten der Erhaltung eines Staates zurückstellt, auch dann, wenn sich dieser Staat in seiner Machtausübung gegen die Arbeiterklasse wendet, wenn sie sich also auf Deutsch gesagt mit dem Staat verheiratet, dann wird nicht mehr die Partei, die Sozialdemokratie, zu einer Antithese, d. h. zu einer überwindenden, sondern zu einer stagnierenden und zurückflutenden Macht.

Der Genosse Mattick hat hier ein Programm entwickelt, das ich überschreiben möchte: Programm einer sozialdemokratischen oder auch nur einer demokratischen Volkspartei. Der Genosse Mattick möchte alle Kräfte des Volkes, die sich nun einmal auf den Boden der Freiheit, der Demokratie und des sogenannten sozialen Fortschritts gestellt haben, auf die Fahne der Sozialdemokratie vereinigen. Auch die CDU verweigert nicht den sozialen Fortschritt, auch die CDU verweigert nicht die Freiheit und die demokratischen Rechte. Was unterscheidet eine solche „sozialdemokratische Volkspartei“ denn noch von den Grundsätzen der CDU?

Der Genosse Mattick hat gesagt: Ist denn eigentlich noch eine Klasse in dem Sinne vorhanden, wie wir es in den vergangenen Zeiten als Klasse angesprochen haben? Er fragte, ob denn ein Redakteur der sozialistischen Partei noch unter die klassenbewußte Kategorie der Lohnarbeiter zu stellen sei? Ein Klassenbewußtsein entwickelt sich nicht unbedingt allein aus der sozialen Situation,

sondern aus der Erfahrung, die er mit dieser sozialen Situation in der Berührung mit anderen Klassen oder sozialen Schichten gewonnen hat.

In diesem Sinne ist auch der Redakteur ein klassenbewußter Lohnarbeiter.

Ich frage nun den Genossen Mattick, warum denn das tragende Element des Klassenkampfes aus dem Programm der Sozialdemokratie deshalb gestrichen werden müßte, um damit eine größere Menge des Volkes auf die Sozialdemokratie zu vereinigen.

Ich glaube im Gegenteil, daß eine Partei wie die unsere die Förderin des Volkes sein muß und nicht umgekehrt die Auffassung der Masse zur Führerin der Partei werden darf.

Wenn wir uns das Wahlergebnis des 5. Dezember betrachten, so ist es schließlich ein Ergebnis auf den Teil unseres Kampfes, der als ein Anti angesprochen werden muß, und es besagt noch nichts, zu welchem Pro sich die 60 % entschieden haben. Wir werden das Pro nämlich das, für was die Sozialdemokratie eintritt, erklären müssen und werden dann den Abstrich machen müssen, den auch die englische Labour-Partei jetzt machen muß, wenn sie ihr Pro in einem bestimmten, konkreten Programm erklärt. Dann wird sich die Spreu von dem Weizen trennen. Aber es ist glücklicher für eine Arbeiterbewegung, zu wissen, auf welche aktiven Elemente der Gesellschaft, auch in der sozialen Struktur, sie sich stützt, und aus welchen sie auch die außerparlamentarische Aktion gestalten kann, wenn die Demokratie versagt, wie z. B. im Jahre 1933. Wenn wir da weniger Parlamentarismus und mehr Massenaktivität gehabt hätten, dann wäre die Republik und die Freiheit nicht gefährdet gewesen. Sie ist immer dann gefährdet, wenn man sich allein auf die Apparate einer bürgerlichen Demokratie versteift, die in dem Augenblick der Entscheidung gern zum Machtmittel greift, um die letzten Freiheiten des Proletariats auszurollen.

Ich habe in den Vordergrund die unbedingte Forderung gestellt, daß die Sozialdemokratie die Klassenpartei des Proletariats ist, das heute über 90 % der Bevölkerung ausmacht, von dessen Bewußtsein wir das ganze Volk und das ganze Proletariat überzeugen.

Kurt Urbán: Zu einer Debatte über das sozialdemokratische Parteiprogramm gehöre vor allen Dingen, daß wir uns über die Begriffe klar werden, daß wir miteinander nicht Worte gebrauchen, unter denen wir dann Verschiedenes verstehen. Und da möchte ich doch dem Genossen Mattick sagen: wenn er hier folgenden Satz geprägt hat: Marktwirtschaft und Planwirtschaft gehören in einer sozialistischen Wirtschaft zusammen, dann muß er sich darüber klar sein, daß er mit einer solchen Gegenüberstellung von Begriffen oder mit einem solchen Zusammenhang Marktwirtschaft und Planwirtschaft etwas ganz Neues nicht nur in die allgemeine Diskussion, sondern vor allen Dingen auch in die Fachdiskussion hineinwirft.

Marktwirtschaft bedeutet nun einmal freie Wirtschaft, und Planwirtschaft bedeutet Planwirtschaft.

Der Genosse Mattick hat weiterhin festgestellt, und ich bin da gar nicht so sehr im Gegensatz zu ihm, daß die Ausbeutung der Arbeiterschaft nicht mehr und nicht nur in unmittelbarem Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsform steht. Wenn wir nun daraus aber den Schluß ziehen sollten, daß wir, weil es auch in Ländern, in denen die Produktionsmittel öffentliches Eigentum sind,

solche Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gibt, deshalb auf unsere alte Forderung nach Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum verzichten sollten, dann wäre das doch ein Schluß, den wir uns sehr überlegen müssen.

Ein sozialdemokratisches Programm, das zu der Frage der Überführung des Privatkapitals in öffentliche Hand nicht ganz klar Stellung nimmt, ist für mich kein sozialistisches Programm mehr.

Und nun sage ich, wenn wir das wollen, den Sozialismus, unseren Sozialismus als Antipoden zum Kapitalismus hinstellen, dann haben wir aber die Verpflichtung, ein Programm des aktionsbereiten Sozialismus zu entwickeln. Karl Marx hat einmal in einem Brief an Herwegh 1847 folgendes über das zögernde Handeln der Deutschen gesagt:

„Unsere Deutschen haben immer tausend Beifallsprüche in petto, um zu zeigen, warum sie die Gelegenheit ungenützt vorübergehen lassen. Eine Gelegenheit, etwas zu tun, bringt sie nur in Verlegenheit.“

Was bedeutet das? Ich sage, eine sozialistische Partei kann es sich 1947 nicht mehr leisten, ein Programm derart zu gestalten, daß sie in einem grundsätzlichen Teil die strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft als Fernziele darstellt, daß sie aber im Aktionsprogramm, also in dem Teil, der die nächsten Aufgaben der Partei umreißt, nur noch in losem Zusammenhang mit dem Parteiziel operiert.

Im aktuellen Teil des Programms muß also mehr als bisher der Wille zur sozialistischen Aktion enthalten sein.

Ich wünsche, daß in unserem Programm auch der Wille zur Erreichung der politischen Macht zum Ausdruck kommt. Ich glaube persönlich nicht, daß wir ohne harten Kampf mit jenen Gruppen, die an der Existenz des Kapitalismus ein Interesse haben, zum Sozialismus kommen werden.

Edith Kruppe: Wenn in den Verfassungen heute überall das Recht auf Arbeit zugrunde gelegt wird, dann haben sich automatisch die Länder, die einen derartigen Passus in die Verfassung mit aufnehmen, einer gewissen Planung verpflichtet. Denn wenn man das Recht auf Arbeit erfüllen will, kann man es nicht ohne Planung tun. Man verankert also Dinge, die einstmals nur unsere Forderung waren, heute schon offiziell in der Verfassung. ...

Wenn sich die Dinge so entwickelt haben, daß Forderungen, die einstmals nur von Sozialisten aufgestellt waren, beispielsweise ein vereinigtes Europa, heute auch sehr stark von bürgerlichen Kreisen und bürgerlichen Regierungen als notwendig erachtet werden und man heute danach schreit, dann sehe ich unsere Aufgabe darin, daß die Sozialisten nicht beiseite stehen sollen oder nur dabei sein sollen, sondern daß sie zur Stelle sein und die Führung an sich reißen sollten, um die sozialistischen Gedanken hineinzugetragen. ...

Dr. Josef Grunner: Ein Marxist ist derjenige, der mit dialektischer Methode und sicher nur mit der Methode, die uns Marx gelehrt hat, die gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnisse analysiert, unsere Schlüsse daraus zieht und die Mittel aus der Gegenwart finden muß, um die Übelstände der Gesellschaft zu überwinden.

Das und nichts anderes hat ja Karl Marx gesagt, und insofern ist derjenige, der so verfährt, ein Marxist.

Ein Beispiel: Die Verelendungstheorie von Karl Marx ist in der damaligen Form überholt, denn inzwischen haben wir die Erfahrung gemacht, daß verelendete Massen nicht revolutionär werden, sondern indolent, gleichgültig werden und das Reservoir bilden für die Rattenfänger mit den Mißbönen und ihnen, wie Mattick ganz richtig sagte, zum Opfer fallen. Aber das, was hinter der Verelendungstheorie steht, daß die Bedürfnisse der Menschen entscheidend sein müssen für eine politische Partei, das gilt nach wie vor, und es ist die erste Aufgabe der politischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, sich zunächst um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern mit dem Ziel, mitzuwirken an der Hebung des allgemeinen Wohlstands.

Die Kriegspsychose ist nicht nur eine Sache der totalitären Regime, sondern auch der kapitalistischen Ordnung. Das haben wir erlebt. Das hat Genosse Mattick auch gesagt. Uns geht es vor allem um die Wirtschaftsdemokratie.

Aber wenn wir uns eine Vorstellung von der Wirtschaftsdemokratie machen, ist es nicht damit gemacht, ein Betriebsrätegesetz zu machen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zu verankern. Wir müssen auch Leute haben, die eine Bilanz lesen können und erkennen können. Wenn wir diesen Stab von Menschen nicht haben, nützt uns das schönste Betriebsrätegesetz und die schönste Verankerung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft nichts. Darum ist unsere größte Sorge, diesen Stab aus unserem Kreis heranzuziehen, der in der Wirtschaftsdemokratie an verantwortlicher Stelle auch zu arbeiten und zu wirtschaften vermag.

Für unser Programm reicht weder die Verneinung des totalitären Systems noch die Verneinung des kapitalistischen Systems aus. Wir müssen selber mal die Frage beantworten, wie die Welt aussehen soll, die der Arbeiter zu erkämpfen hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung funktionieren soll.

Der Klassenkampf, um wieder so ein heikles Thema anzurühren. Jeder, der es anrührt, stößt auf kritische Bemerkungen und Stimmen. Klassenkampf ist, möchte ich behaupten, eine Realität, auch in der Gegenwart. Will jemand behaupten — am besten sehen Sie es in Westdeutschland —, daß das kein Klassenkampf ist, den die bürgerlichen Parteien mit ihrer politischen Herrschaft machen?

Es kommt darauf an — da hat Mattick vielleicht recht, nicht so sehr in der Formulierung —, bewußte Klassenkämpfer bei uns zu erziehen — ich weiß nicht, wie man das machen soll —, aber es kommt darauf an, die Genossen und alle diejenigen, die mit uns sympathisieren, darauf aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, daß die Bürgerlichen mit ihrer politischen Mehrheit einen Klassenkampf führen, den wir abschaffen wollen.

Die Tagesforderungen, die der Genosse Mattick angeführt hat, gleiche Voraussetzungen für jedermann, freie Entwicklung für jeden, kann ich nur hundertprozentig unterstreichen. Das sind alles Forderungen, die sich einreihen lassen unter der ersten Forderung: wir haben uns um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern. Das ist unsere erste Aufgabe, die zweite Aufgabe, die aus dieser ersten resultiert, ist, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen, und es ist die Aufgabe unserer Funktionäre, besonders der kleinen Funktionäre — die fälschlicherweise klein heißen, aber die wichtigsten sind, weil sie den direkten Kontakt mit den Mitgliedern und der Bevölkerung haben —, darauf

aufmerksam zu machen, daß diese zweite Aufgabe der Erköpfung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus der ersten resultiert, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern. Das hat schon Marx gelehrt.

Ein Wort noch über die Toleranz. Die Toleranz ist eine wunderschöne Sache. Ich möchte sagen, das ist ein Bild, das man sich über das Bett hängen soll. Weil die Grundsatzdebatte jetzt in unserer Partei nach dem Referat des Genossen Mattick beginnt, wird es vielen Streit geben in unserer Partei, und es soll ihn geben. Eine politische Partei, die keine Opposition hat in bestimmten Fragen, ist gar keine richtige politische Partei, ob nun auf der Ebene des Landesverbandes oder auf der des Kreisverbandes, ob in der Abteilung oder in der Gruppe: Her mit allen, die anderer Meinung sind und Auseinandersetzungen mit ihnen!

Diese sogenannten Oppositionellen müssen nur eins: sich auf dem Boden der sozialdemokratischen Anschauung bewegen.

Denn sonst sind sie keine Opposition, sondern ein Fremdkörper in unserer Partei, der ausgeschieden werden muß. ...

Eberhard Hesse: Die Jugend organisiert sich nicht in dem Maße bei uns, wie sie uns am 5. Dezember die Stimme gab. Das liegt aber nicht daran, daß wir kein geschriebenes Programm haben oder nicht sozialistisch genug sind, sondern es liegt daran, daß unser innerparteiliches Leben nicht lebendig genug ist. Das ist der entscheidende Grund.

Die deutsche Sozialdemokratie — ich möchte beinahe sagen: im Gegensatz zu allen anderen Bruderparteien — hatte immer sehr viel für Programme übrig. Je dicker sie waren, je feierlicher die Sprache, je theoretischer, desto schöner erschienen sie, und in Wirklichkeit war es so, daß die Sozialdemokratie zwar immer sehr schöne Programme hatte, aber ihre Politik, ihre praktische Tagesarbeit hatte damit gar nichts zu tun. Diese Programme, ob das Gothaer, Erfürer oder Heidelberg, waren gewissermaßen die Sonntagsbibel der Partei. Sie wurden hervorgeholt bei Parteitag. Dann wurde heftig darüber diskutiert. In Wirklichkeit wurde praktische Politik gemacht. Was hat ein August Bebel getan? Hat er etwa die Massen zur Sozialisierung aufgerufen? Oder für Sozialismus oder für Sturz des Kapitalismus? Nein, er hat gefordert die Herstellung der Demokratie gegen die Wilhelminische Despotie. Und immer, wenn die Sozialdemokratie den Kampf für Demokratie und Freiheit geführt hat, hat sie Erfolge gehabt, und so ist es letzten Endes auch hier in Berlin.

Otto Bauer hat einmal gesagt, der Sozialismus wäre die zweite Hälfte der Freiheit. Und daraus geht schon ganz klar hervor, daß man diese zweite Hälfte nicht erringen kann, wenn man nicht unter allen Umständen die erste verteidigt. Und wenn einige Kritiker heute abend am Beispiel der Weimarer Demokratie glauben beweisen zu können, daß der sogenannte Klassengegner die Demokratie, wenn sie ihm unbequem wird, immer mit Füßen tritt, dann gibt das Beispiel Englands und Schwedens durchaus andere Perspektiven. Vielleicht wäre die Weimarer Demokratie nicht vor die Hunde gegangen, wenn nicht unsere „Freunde“ Kommunisten gewesen wären, die Marx mißbrauchten, indem sie in der Weimarer Demokratie den Arbeitern zuriefen: „Schon Marx hat gesagt, ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten, aber eine Welt zu gewinnen“, so daß Millionen deutscher Arbeiter nicht begriffen hatten, daß sie diese Demo-

kratie verteidigen mußten. Und wenn wir das begriffen haben — und wir in Berlin haben es begriffen, daß die Freiheit die erste Voraussetzung ist, und daß Sozialismus größtmögliches Maß an Freiheit bedeutet —, dann ist auch die Demokratie gegen jeden Anschlag auch seitens bürgerlicher Kreise gesichert. Hat das die Arbeiterklasse nicht begriffen, dann nützt ihr irgendeine andere Form der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln gar nichts.

Bei einigen Kritikern schien es, als stellten sie indirekt die Frage: Wann fängt der Sozialismus an? Demen kann man nur sagen, sie merken nicht, daß wir mitten in diesem Übergangsprozeß sind, der sich seit Jahrzehnten anbahnt und Jahrzehnte dauern wird. Und der Sozialismus ist nicht die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ihre Höherentwicklung, und da sind wir mitten dabei. Ich brauche wohl niemanden an die gewaltigen Errungenschaften der Weimarer Demokratie zu erinnern, wo tatsächlich jedermann sozial so weit gesichert war, daß er menschenwürdig existieren konnte, auch wenn er unverschuldete Arbeit war.

Wenn Genossen glauben, wir müßten heute noch mit den alten Devisen einer proletarischen Partei oder des Klassenkampfes die Menschen gewinnen, dann scheint mir das ein großer Irrtum. Wir müssen die Sprache sprechen, die die Menschen verstehen, und darum: Programm — jawohl. Aber ein ganz konkretes, auf die unmittelbare Gegenwart abgestelltes Programm, so wie es die Labour-Partei gemacht hat. Das war eigentlich gar kein Programm, sondern das war die Aufgabe, die sie sich für kurze Zeit, für den Fall des Regierungssieges gestellt hatte, und dieses ganz kurz befristete gegenwärtige Aktionsprogramm führt sie durch.

Da steht nichts von Zukunft drin, da steht nichts, was man in zwanzig Jahren zu tun gedenkt, was man noch umzukrempeln gedenkt, sondern das, was man im Augenblick in Angriff nehmen will, und wenn sie das erreicht haben, gehen sie den nächsten Schritt. Nur so kann man Massen imponieren. Nur so kann man aus dem Turm herauskommen, eine enge klassenkämpferische Partei zu sein. Es kommt darauf an, alle Schichten der Bevölkerung, die an dem Sozialismus interessiert sein müssen, die aber in engerem Sinne mit sozialistischen Parolen nicht zu erfassen sind, mit einer Politik zu gewinnen, daß sie es verstehen. Und hier eine kurze Kritik! Genosse Grunner hat das Wort Wirtschaftsdemokratie schon gebraucht. Ich meine, wir wollten das Wort Sozialisierung, so lieb es uns geworden ist, fallen lassen — nicht die Absicht, nur das Wort. Wenn wir einen normalen S-Bahnzug mit tausend Reisenden hätten, und wir würden diese tausend Menschen fragen: was verstehst du unter Sozialisierung?, da würden mindestens 950 sagen: Verstaatlichung, Zwangswirtschaft, Bürokratisierung. Viele würden von vornherein ablehnend sein. Weshalb wollen wir Menschen, die eigentlich mit unserer Auffassung übereinstimmen, von vornherein gegen uns einnehmen, indem wir mit Begriffen operieren, die die Nazis und die Bolschewisten zuschanden gemacht haben? Und wir meinen ja auch Wirtschaftsdemokratie.

Wir wollen ja das Wirtschaftsleben genau so demokratisieren wie das öffentliche Leben.

Darum sollte man bei einem Aktionsprogramm sehr sorgfältig prüfen, ob man das Wort Sozialisierung nicht durch das ersetzt, was wir wirklich meinen, nämlich durch Wirtschaftsdemokratie. Dafür werden die Menschen aufgeschlossen sein.

Was steht auf der Tagesordnung? Die vollwertige Eingliederung der Flüchtlinge steht auf der Tagesordnung, der Lastenausgleich und auch die Überführung der Grundstoffindustrien in die Hände des Volkes, aber im Rahmen einer Demokratie. Denn in dem Augenblick, wo an die Stelle einer Monopolclique von Privatbesitzern eine staatliche Bürokratie treten würde, bekommt sie auf lange Zeit genau so ein gefährliches Gewicht gegen die Freiheit gerade auch des Arbeitnehmers, wie irgendeine bürgerliche Monopolclique es bekommen hatte.

Und nun ist die Reihe an dir. Du solltest dir erst darüber klar werden, ob du für ein Aktionsprogramm bist oder für ein allgemeines Programm. Ein Aktionsprogramm erhebt Anspruch auf Gültigkeit für die nächsten ein, zwei oder auch drei Jahre, ein allgemeines Programm dagegen für fünf, acht oder gar zehn Jahre. Ein Aktionsprogramm muß also vor allem auf die aktuellen politischen Forderungen abgestellt sein, ein allgemeines Programm hat die Grundsätze zur Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Inhalt.

Wenn du dir über deine Haltung dazu klar geworden bist, dann leiste deinen Beitrag zur Programmdebatte.